

LTW 3neu LTW-Programm - GERECHT

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

1 2. GERECHT

2 Teilhabe und Gerechtigkeit / Um den gesellschaftlichen
3 Zusammenhalt zu fördern, wollen wir allen Menschen echte
4 Chancen geben

5 Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Unser Ziel
6 ist es, Teilhabe und Selbstbestimmung zu verwirklichen. Chancengleichheit für alle
7 ist die Grundlage unserer Sozialpolitik für alle Generationen. Wir treten dafür
8 ein, dass kein Mensch auf Grund von Einkommen, Herkunft, Religion, Geschlecht oder
9 sexueller Identität ausgegrenzt und allein gelassen wird. Grundlage dafür sind
10 starke öffentliche Institutionen. Eine gerechte Gesellschaft, die Teilhabe für alle
11 ermöglicht, ist die Grundlage für den sozialen Frieden.

12 Familien stärken

13 Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Unsere Wertschätzung
14 und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-
15 Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien.

16 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Familienpolitik.
17 Wir setzen uns für eine bessere und verlässliche Kinderbetreuung ein.

18 Die Situation von Alleinerziehenden werden wir verbessern und die gute
19 Zusammenarbeit mit dem Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)
20 intensivieren.

21 Familienzentren ausbauen

22 Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein
23 flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien
24 unkompliziert Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und
25 Kommunen werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit
26 sozialräumlichen Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und
27 weiterentwickeln, denn: Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.

28 Zeit für die Familie haben

29 Wir werden uns für familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und
30 mehr zeitliche Selbstbestimmung für Familien einsetzen und diese Ziele auch im
31 öffentlichen Dienst umsetzen. So können Frauen und Männer ihren Wunsch nach
32 partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben, Kinder oder
33 pflegebedürftige Angehörige versorgen.

34 Kinderrechte stärken – Kinder- und Jugendbeteiligung voranbringen

35 Wir sprechen uns für eine wachsende politische Beteiligung von Kindern und
36 Jugendlichen und ihre frühe Einbindung in demokratische Entscheidungen aus.

37 Schleswig-Holstein ist Vorreiter bei der Verankerung von Kinder- und Jugendrechten.
38 Doch für die Durchsetzung von Kinder- und Jugendrechten müssen Kinder und

39 Jugendliche diese auch kennen. Wir werden die Förderung von Programmen zu diesem
40 Zweck ausweiten, gerade in sensiblen Bereichen wie der Jugendhilfe. Zudem setzen
41 uns dafür ein, dass Kinder- und Jugendrechte in Schulen stärker thematisiert werden
42 – z.B. im Rahmen von Projektwochen. Wir setzen uns für Chancengleichheit, Teilhabe
43 und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein und wirken darauf hin, dass die
44 Kommunen im Rahmen des Paragrafen 47f Gemeindeordnung die Beteiligung von Kindern
45 und Jugendlichen umsetzen und neue Beteiligungsmodelle im Alltag der Kinder und
46 Jugendlichen integrieren. Hierfür werden wir eine Informationskampagne mit Best-
47 Practise-Beispielen starten.

48 Wir GRÜNE fordern ein Verbandsklagerecht für Kinder- und Jugendverbände.

49
50 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Aufnahme von Kinderrechten in das
51 Grundgesetz ein.

52 Frühe Hilfen: Kindeswohl und Kinderschutz sichern

53 Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche gesund und gewaltfrei aufwachsen und die
54 notwendige Förderung erhalten.

55 Wir fördern einen bedarfsgerechten Ausbau der frühen Hilfen, um Kindeswohl und
56 Kindergesundheit zu schützen.

57 Das Netzwerk von Familienhebammen wollen wir wie in Dänemark für die Betreuung im
58 ersten Lebensjahr ausbauen und die wichtige Arbeit des Kinderschutzbundes und der
59 Kinderschutzzentren weiterhin unterstützen.

60 Kinder- und Jugendhilfe reformieren

61 In der Kinder- und Jugendhilfe setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der
62 Sozialraumorientierung ein.

63 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Unterstützungssystem, das
64 Familien bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenssituationen auf
65 Augenhöhe beratend und unterstützend zur Seite steht.

66 Für Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können,
67 gehen wir den Aufbau regionaler Ombudsstellen in erreichbarer Nähe an.

68 Wir sehen, dass in Schleswig-Holstein aktuell insbesondere im Bereich der Ehe-,
69 Familien- und Lebensberatung, sowie der Erziehungsberatung ein Generationenwechsel
70 stattfindet, der die bisherige Qualität und Versorgungsdichte gefährdet. Hier
71 werden wir gemeinsam mit Trägern und Kommunen auf einen Erhalt hinwirken und einen
72 Ausbau prüfen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass vom Landesjugendamt
73 Fortbildungen für diesen Bereich angeboten werden.

74 zum Wohl von Minderjährigen Geflüchteten sowie von Familieine mit Kindern muss es
75 passendere und präventive Konzepte der Jugendhilfe geben. Bei der Gewährung und
76 Ausgestaltung der Hilfen für junge Volljährige müssen die spezifischen
77 Besonderheiten der jungen Geflüchteten stärker berücksichtigt werden.

78 Weltweit steigt die Zahl der so genannten Frühverheiratungen und auch in
79 Deutschland gibt es knapp 1400 im Ausland verheiratete Minderjährige. Der Schutz
80 dieser Minderjährigen und das Kindeswohl stehen für uns im Mittelpunkt. Ehen unter
81 16 Jahren werden in Deutschland zu Recht nicht anerkannt, Ehen unter 18 Jahren nur
82 in Ausnahmefällen. Die Schicksale dieser Kinder und Jugendlichen sind

83 unterschiedlich und bedürfen einer ausgeglichenen Abwägung im Einzelfall. Der Fokus
 84 muss dabei auf der individuellen und intensiven Betreuung und Beratung der
 85 Minderjährigen liegen.

86 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter müssen sich ausreichend Zeit nehmen können
 87 um zuzuhören und sensibel mit den Betroffenen umzugehen. Wir wollen uns dafür
 88 einsetzen, dass auch die Jugendämter im Umgang mit dieser Problematik
 89 sensibilisiert und geschult und verstärkt Mitarbeiter*innen mit Migrationserfahrung
 90 eingestellt werden.

91 Jugendverbände und Jugendfreiwilligendienst unterstützen

92 Die Jugendverbände leisten wertvolle Arbeit für alle Jugendlichen. Die Arbeit des
 93 Landesjugendringes und die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir
 94 weiter unterstützen.

95 Das „Freiwillige Soziale Jahr“ ist bei jungen Menschen sehr beliebt und erfährt
 96 hohe Akzeptanz. Die Förderung werden wir fortsetzen und prüfen, ob wir die
 97 Jugendfreiwilligendienste ausbauen können.

98 Kinderarmut bekämpfen

99 Viele Kinder in Schleswig-Holstein wachsen in Armut auf. Wir akzeptieren nicht,
 100 wenn Kinder aus finanziellen Gründen von sozialer und kultureller Teilhabe, Sport,
 101 Ferienangeboten, Klassenfahrten, Essen in Schulen sowie Kitas ausgeschlossen sind.

102 Unser Ziel ist die Bekämpfung der Kinderarmut. Auf Bundesebene wollen wir eine
 103 armutsfeste Kindergrundsicherung einführen.

104 Soziale Infrastruktur stärken

105 Unser GRÜNES Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und
 106 Teilhabegerechtigkeit. Das Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist
 107 eine funktionierende soziale Infrastruktur und die Hilfe in allen Lebenslagen. Wir
 108 wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter
 109 auseinanderklafft.

110 Besonders Altersarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind sozialer Sprengstoff.
 111 Ausreichend hohe Löhne und Gehälter sind die Basis für die Vermeidung von Armut.
 112 Zur Bekämpfung der Altersarmut werden wir uns auf Bundesebene für eine armutsfeste
 113 Garantierente einsetzen.

114 Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und
 115 diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen und
 116 eine Reform der Grundsicherung. Wir wollen ein Ende der Praxis von Androhung und
 117 Bestrafung, die in vielen Job-Centern und Arbeitsagenturen Realität ist und setzen
 118 stattdessen auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Wir wollen eine Behörde, die
 119 sich als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden versteht.

120 Die sozialen Einrichtungen und Verbände sind ein unverzichtbarer Bestandteil der
 121 sozialen Infrastruktur. Ihre Arbeit unterstützen wir weiterhin und wollen sie in
 122 einem Landes-Wohlfahrtsgesetz absichern. Die gute Zusammenarbeit mit der
 123 Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und dem Beauftragten für Menschen
 124 mit Behinderung setzen wir fort.

125 Bessere Inklusion für Menschen mit Behinderung ermöglichen - Nicht ohne uns über
 126 uns

127 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die Teilhaberechte von Menschen mit
 128 Behinderung sichert.

129 "Nicht ohne uns über uns". Das gilt für unsere GRÜNE Politik für Menschen mit
 130 Behinderung. Deshalb wollen wir die Selbstorganisation und direkte Beteiligung von
 131 Menschen mit Behinderung in den Kommunen und im Land stärken. Kommunale Beauftragte
 132 oder Beiräte für Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag .
 133 Den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention muss
 134 konsequent umgesetzt werden und das Gesamtkonzept „Alle Inklusive“ wollen wir
 135 fortführen.

136

137 Das Budget für Arbeit wollen wir ausbauen.

138 Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand und transparente individuelle
 139 Hilfeplanverfahren auf Grundlage einer bundesweit einheitlichen
 140 Hilfebedarfserhebung ein. Ein "Leben Daheim anstatt im Heim" muss möglich sein.

141 Die sozialräumliche Ausgestaltung von Angeboten der Eingliederungshilfe sind
 142 auszubauen. Wir unterstützen die Kreise und kreisfreien Städte bei der Entwicklung
 143 von Konzepten, die den Trägern und Verbänden eine flexible Mittelverwendung z.B.
 144 zur Schaffung Offener Treffs ermöglichen. So können Zugangsschwellen abgesenkt und
 145 Angebote unbürokratisch wahrgenommen werden. Die Erfahrungen des Modellprojekts im
 146 Kreis Nordfriesland und der Ambulanten Sozialpsychiatrie in Hamburg liefern
 147 wichtige Grundlagen.

148 Auf Bundesebene setzen wir uns für ein modernes Bundesteilhabegesetz ein, um eine
 149 selbstbestimmte Teilhabe für alle zu ermöglichen. Hierzu gehören für uns GRÜNE
 150 einheitliche Qualitätsstandards, ein bedarfsdeckendes Teilhabegeld, die Abschaffung
 151 des Mehrkostenvorbehalts und den Verzicht auf den Einsatz des Vermögens.

152 Bildungs- und Kulturangebote müssen der Inklusion gerecht werden. Wir werden uns
 153 stark machen, die Förderprogramme des Landes darauf auszurichten. Gemeinsame
 154 Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und
 155 Musik müssen selbstverständlich werden.

156 Selbstbestimmt Leben im Alter

157 Die Bedürfnisse der älteren Generation werden vielfältiger. Viele Ältere ziehen
 158 dauerhaft nach Schleswig-Holstein. Um allen ein selbstbestimmtes Leben zu
 159 ermöglichen, sollen auch bestehende Förderprogramme für den ländlichen Raum genutzt
 160 werden. Wir werden neue Formen des Zusammenlebens, z.B. im Rahmen von
 161 Genossenschaftsprojekten unterstützen. Menschen, die aus dem Erwerbsleben
 162 ausgeschieden sind, bereichern unsere Gesellschaft durch ehrenamtliches Engagement,
 163 Lebenserfahrung und unkonventionelle Ideen.

164 Dem demografischen Wandel und den Generationen gerecht werden

165 Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Wir
 166 wollen in den kommenden Jahren die Weichen stellen, um Generationengerechtigkeit
 167 und Lebensqualität erhalten und sichern zu können. Wir wollen außerdem mit einer
 168 familienfreundlichen Politik und der Gestaltung der Einwanderung auf den
 169 demografischen Wandel reagieren.

170 So werden wir einen Masterplan Demografie auf den Weg bringen, der die Absicherung
 171 der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur ins Zentrum stellt. Bei diesem

- 172 Projekt soll die Sozialraumplanung berücksichtigt und ein „Demografie-Check“
 173 eingeführt werden. Schleswig-Holstein – für alle Generationen attraktiv machen!
- 174 EU Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt umsetzen
- 175 Zu unserer Agenda gehört es, die Inhalte der EU-Charta für Gleichberechtigung und
 176 Vielfalt zu vermitteln und umzusetzen. Wir drängen auf die gleichberechtigte
 177 Teilhabe, Stärkung und Unterstützung von Frauen auf den Arbeitsmarkt durch
 178 wirkungsvolle Maßnahmen und Angebote.
- 179 Der Einsatz von Haushaltsmitteln hat eine geschlechterspezifische Wirkung bei
 180 Förderprojekten zu berücksichtigen. Dem wollen wir zukünftig verstärkt gerecht
 181 werden.
- 182
- 183 Wir wollen eine konsequente geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender
 184 Budgeting) umsetzen.
- 185 Zuflucht und Hilfe für Frauen und Mädchen vor Gewalt ermöglichen
- 186 Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Die Prävention von Gewalt ist eine
 187 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt
 188 werden, ist eine gute Infrastruktur aus Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
 189 erforderlich.
- 190 Wir haben die Schließung von Frauenhäusern verhindert und den Neubau des
 191 Frauenhauses in Norderstedt unterstützt. Nachdrücklich geben wir den Kommunen bei
 192 Bauvorhaben und Renovierungen Rückendeckung. Wir werden die
 193 Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauenhäuser, das Mädchenhaus in Kiel und die
 194 LAG der Frauenberatungsstellen auch weiterhin unterstützen, bei den
 195 Landeszuschüssen steigende Tarifkosten berücksichtigen und Investitionsmaßnahmen
 196 zur Energieeffizienz von Frauenhäusern fördern. Wir werden die besondere Situation
 197 der Mädchen und Frauen, die aus anderen Nationen zu uns geflohen sind, im Rahmen
 198 der Gewaltschutzkonzepte berücksichtigen.
- 199
- 200 Wir werden einen Landesaktionsplan gegen sexuelle und häusliche Gewalt unter
 201 Beteiligung aller relevanten Ministerien auf den Weg bringen.
- 202 Dabei prüfen wir ein ehgattenunabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die von
 203 häuslicher Gewalt betroffen sind. Es ist unsere Aufgabe, verbindliche Schulungen
 204 zum Thema Gleichstellung und Frauenrechte für weibliche und männliche Flüchtlinge
 205 auf den Weg zu bringen.
- 206 Weiterhin setzen wir uns für die Bekämpfung des Frauenhandels ein und unterstützen
 207 die gute Arbeit der Beratungsstelle.
- 208 Gleichstellung auch in den Parlamenten voranbringen
- 209 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
 210 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
 211 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
 212 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.
- 213
- 214 Wir wollen Mentoringprogramme und kommunalpolitische Netzwerke aufbauen und stärken
 215 sowie die institutionelle Unterstützung durch eine Koordinierungsstelle auf
 216 Landesebene schaffen. Ziel der kommunalpolitischen Netzwerke ist es, die

217 Kompetenzen von bereits tätigen Kommunalpolitikerinnen parteiübergreifend zu
 218 bündeln und zu erweitern sowie politisch interessierten Frauen den Einstieg in die
 219 Politik zu erleichtern.

220 Wir wollen die grundlegende Überarbeitung des Gleichstellungsgesetzes anpacken und
 221 dieses an die Bundesgesetze anpassen. Besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die
 222 Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen richten und diese weiter
 223 stärken.

224
 225 Mehr Frauen in MINT Berufe

226 In den MINT Fächern liegt der Anteil der weiblichen Studierenden bundesweit sowie
 227 in Schleswig-Holstein bei rund 20%. Nach dem Eintritt in das Berufsleben verringert
 228 sich der Anteil Frauen auf rund 15 %, welches unter anderem mit der Vereinbarkeit
 229 von Familie und Beruf zu tun hat. Wir wollen existierende Programme in der
 230 Lehrer*innenaus- und -fortbildung, sowie Organisationen, die sich mit
 231 frühkindlicher Bildung in den MINT-Fächern schon ab der KiTa beschäftigen weiter
 232 betreiben und ausbauen. Unser Ziel ist es, dass mehr junge Frauen sich in den MINT-
 233 Bereich zutrauen und mehr junge Männer soziale Berufe wagen.

234
 235 Frauen@Digital

236 Das Internet und die Digitalisierung verändern Berufsleben und private Zeit für
 237 Männer und Frauen. Soziale Netzwerke bieten eine gute Plattform zur Vernetzung um
 238 für Frauenrechte aber auch für viele andere Themen zu kämpfen. Schon jetzt nutzen
 239 viele Frauen die Möglichkeit über digitale Start-Ups neue Geschäftsfelder zu
 240 eröffnen und den Markt zu „erobern“. Wir wollen diese Frauen fördern und ermuntern,
 241 besonders auch die, für welche es nicht nur dem Nebenerwerb dient, bis
 242 beispielsweise Elternzeiten überbrückt sind. Als Maßnahmen fordern wir die
 243 Verstärkung von anonymen Frauenberatungen und eine klare staatliche Positionierung
 244 und Verfolgung der sexualisierten Ausnutzung und Unterdrückung von Frauen im
 245 Internet.

246 Das Ehrenamt würdigen und belohnen

247 Schleswig-Holstein ist das Land der helfenden Hände. Dies ist nicht erst durch den
 248 starken Zuzug von Geflüchteten Ende 2015 klar geworden. Das Ehrenamt stützt den
 249 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob in der Kommunalpolitik, beim Bürgerbus, im
 250 Natur- und Tierschutz, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in zahllosen Vereinen –
 251 viele Menschen, darunter auch Neuzugewanderte, packen im Land freiwillig an und
 252 füllen manche Lücke in der Versorgung. Wir GRÜNE machen uns für die Belange der
 253 Ehrenamtlichen stark.

254 Wir wollen die Ehrenamtskarte, deren Angebote die Küstenkoalition ausgeweitet hat,
 255 bekannter machen, damit viele Menschen im Land davon profitieren können. Die Karte
 256 ist ein Zeichen des Dankes an alle Ehrenamtler*innen. Sie ermöglicht zahlreiche
 257 Vergünstigungen, etwa bei Theatern, in Restaurants oder Museen. Wir wollen den
 258 Zugang vereinfachen und die Angebote auch außerhalb der Kiel Region ausbauen.

259 Die freiwillige Arbeit junger Menschen gilt es zu honorieren, wo wir es können, und
 260 dafür zu werben, dass ehrenamtliches Engagement zum Beispiel bei der Vergabe von
 261 Ausbildungs- oder Studienplätzen berücksichtigt wird.

262 Auch in der Schule muss ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Die Schulen
 263 sind zu ermuntern, den Schüler*innen die Möglichkeiten und Vorteile eines
 264 Ehrenamtes näher zu bringen und in Projekttag und -wochen zu integrieren.

265 Hauptamt braucht Ehrenamt und umgekehrt. Wir wünschen uns eine Begegnung von Haupt-
 266 und Ehrenamt auf Augenhöhe und in gegenseitigem Respekt. Zentrale hauptamtliche
 267 Koordinierungsstellen werden gefördert, um diese Art der Begegnung auf kommunaler
 268 Ebene zu unterstützen und zu ermöglichen.

269 Die Arbeit der Freiwilligen braucht auch professionelle Unterstützung. Angebote zur
 270 Fortbildung, Beratung und Supervision sind zu fördern. Wer unbezahlt für die
 271 Gesellschaft arbeitet, soll nicht noch selbst für Fortbildung, Fahrtkosten etc.
 272 aufkommen müssen.

273 Darüber hinaus werden wir auf Bundesebene prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit
 274 auch zusätzliche Rentenpunkte zu erwerben sind.

275 Soziales@Digital

276 Die Digitalisierung eröffnet neue Chance für die Vereinbarkeit von Familie und
 277 Beruf. Wenn Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihren Mitarbeiter*innen
 278 erlauben, einen Teil der Arbeit außerhalb des Betriebs zu verrichten, erhöhen wir
 279 die Flexibilität für eine bessere Life-Balance.

280 Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit muss selbstverständlich für öffentliche,
 281 privat-wirtschaftliche und private Angebote im Internet werden.

282 Auf den Punkt

- 283 • Wir werden Alleinerziehende besser unterstützen, Kinderrechte stärken und
 284 Kinderarmut bekämpfen,
- 285 • Frühe Hilfen ausbauen, Familienhebammen und Familienzentren fördern,
- 286 • Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voranbringen und
 287 Barrierefreiheit verbessern,
- 288 • ein selbstbestimmtes Leben für Senioren unterstützen und einen Masterplan
 289 Demografie aufstellen,
- 290 • Frauenhäuser und –beratungsstellen, Kinderschutzzentren und das Mädchenhaus
 291 fördern,
- 292 • die EU-Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt auf den Weg bringen,
- 293 • die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen weiter
 294 entwickeln und ein paritätisches Wahlrecht einführen,
- 295 • ehrenamtliches Engagement unterstützen und honorieren.

296 Bezahlbarer Wohnraum / In gemeinsamer Verantwortung Wohnraum
 297 planen, klimafreundlich und zum Wohl Aller bauen

298 Stark gestiegene Mieten und Immobilienpreise haben dazu geführt, dass es für
 299 Menschen mit kleinen Einkommen und junge Familien schwerer wird im Hamburger Rand

300 und in den kreisfreien Städten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnen ist ein
 301 Grundbedürfnis. Deswegen fördern wir als Land den sozialen Wohnungsbau und erwarten
 302 vom Bund, dass er sich an einem bedarfsgerechten Ausbau angemessen beteiligt.
 303

304 Menschen ohne ausreichende Bonität werden auch bei sozialen Wohnungsbauunternehmen
 305 häufig als Mieter*innen abgelehnt und werden so oft in die Obdachlosigkeit
 306 getrieben. Wir wollen die Einrichtung eines Fonds prüfen, mit dessen Hilfe
 307 gegenüber Vermieter*innen die notwendige Bürgschaft erbracht werden kann.

308 In den Kommunen soll sozialer Wohnungsbau zu einer zentralen Aufgabe werden
 309 Wir brauchen geförderten sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen spielen hierbei eine
 310 tragende Rolle. In ihren Händen liegt die Bauleitplanung, sie sind mit den
 311 Bedürfnissen der Menschen vertraut. Deshalb wollen wir die Kommunen bestärken,
 312 Wohnraumplanung zur Chef*innensache in den Rathäusern zu machen. Dabei hilft ein
 313 enger Austausch mit der Landesregierung und der I-Bank. Hier wollen wir für mehr
 314 Beratung und Unterstützung sorgen.

315 Neue Wege zu günstigen Baugrundstücken ebnen

316 Ein großes Problem für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen sind die hohen
 317 Grundstückspreise im Hamburger Rand, auf den Inseln und in etlichen Städten.
 318 Bauland wird oftmals im Höchstpreisverfahren vergeben. Wir begrüßen die
 319 vorbildlichen Ansätze in Lübeck (Verbilligungsrichtlinie, Preisrabatt für
 320 städtische Grundstücke) und Norderstedt (Drittelmix: sozialer Wohnungsbau,
 321 Eigentumswohnung und Mietwohnung zu gleichen Teilen). Die Konzeptvergabe in Hamburg
 322 führt dazu, dass Flächen nur an Investor*innen vergeben werden, deren Bauvorhaben
 323 sozial überzeugen. Für diese Beispiele werben wir.

324 Integrierte Stadtentwicklungskonzepte helfen planen

325 Neubau und Verdichtung führt auch zur Versiegelung von Flächen, steht in Konkurrenz
 326 zum Umweltschutz und geht oft zu Lasten von Stadtgrün. Um den Flächenverbrauch
 327 möglichst klein zu halten, setzen wir bei der Schaffung neuen Wohnraums nicht
 328 allein auf Neubau, sondern auch auf Modernisierung, Bestandsverdichtung,
 329 Aktivierung von Leerständen, Geschossaufstockung, Wohnungstausch und Initiativen
 330 wie "Wohnen für Hilfe". Ein Baulückenkataster sollte in jeder größeren Gemeinde
 331 angelegt werden.

332 In der Regel entsteht durch mehr Wohnungen auch mehr Verkehr. Deswegen werden wir
 333 integrierte Stadtentwicklungskonzepte fördern, die den ÖPNV einbeziehen und die
 334 verschiedenen Nutzungskonflikte in fairen Ausgleich bringen. Die Interessen aller
 335 Menschen, besonders von Kindern, sind zu berücksichtigen. Engagierte und
 336 rechtzeitige Bürgerbeteiligung ist Voraussetzung für die Akzeptanz von
 337 Baumaßnahmen.

338 Eine Absenkung der Standards darf nicht zu kurzlebiger Bausubstanz führen. Wir
 339 müssen verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen und – nicht zuletzt
 340 angesichts der älter werdenden Gesellschaft – mehr barrierefreie Wohnungen
 341 schaffen. Es reicht nicht, günstig zu bauen, wir müssen auch auf eine gelungene
 342 Quartiersentwicklung achten. Soziale Nachhaltigkeit verhindert zudem die
 343 Entwicklung sozialer Brennpunkte. Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive und
 344 vielfältige Gesellschaft ein, in der jeder mit jedem Nachbar sein kann.

345 Dem gemeinwohlorientierten Bauen gehört die Zukunft

346 Gerade genossenschaftliches Bauen, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft und
 347 insbesondere Baugemeinschaften setzen auf Gemeinschaft und können mit ihren
 348 innovativen Konzepten Impulse für eine soziale Stadtentwicklung geben. Ihre
 349 Projekte, die oftmals auch Mobilität und Energieversorgung vernetzen, sind
 350 zukunftsweisend. Baugemeinschaften haben unsere besondere Unterstützung.

351 Zur Unterstützung von Baugemeinschaften wollen wir – wie in Hamburg – eine zentrale
 352 Beratungs- und Vernetzungsstelle im Land aufbauen. Es ist zu prüfen, wie
 353 nachhaltige und gemeinwohlorientierte Projekte bei dringendem Bedarf und
 354 langjähriger Mietpreisbindung durch Zuschüsse unterstützt werden können, zusätzlich
 355 zu den bestehenden Förderprogrammen.

356 Wir begrüßen es, wenn Kommunen Wohnungsbaugesellschaften aufbauen.

357 Auf den Punkt

- 358 • Wir werden Kommunen für ihre Wohnraumplanung professionelle Beratung
 359 anbieten,
- 360 • dafür werben, dass Kommunen Baugrundstücke für gemeinwohlorientierte Projekte
 361 günstiger abgeben – wie etwa in Lübeck und Norderstedt,
- 362 • Städtebaumittel für integrierte Stadtentwicklungskonzepte einsetzen.

363 Gesundheit und Pflege / Wir brauchen regionale

364 Gesundheitszentren und neue Modelle für eine gute Versorgung

365 Gesundheit und Pflege gehören zu den Schlüsselthemen unseres Landes. Einen
 366 gleichberechtigten Zugang zu Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sicherzustellen,
 367 ist ein zentrales Anliegen grüner Politik.

368 Gleichzeitig ist der Gesundheitssektor einschließlich Pflege, Medizintechnik,
 369 Wellness- und Reha-Einrichtungen der größte Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein
 370 und stellt mit etwa 200.000 Beschäftigten jeden fünften Arbeitsplatz. Wir sehen
 371 einen gut aufgestellten Gesundheitssektor als große Chance für die weitere
 372 Entwicklung unseres Landes an. Von entscheidender Bedeutung ist es, den Bedarf an
 373 Ärzt*innen und Pflegekräften für die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

374 Prävention und Gesundheitsaufklärung unterstützen

375 Die Prävention im Gesundheitswesen wollen wir ausbauen. Hierzu gehören Konzepte zur
 376 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus. Wir setzen uns
 377 auch weiterhin für einen konsequenten Nichtraucherschutz ein. Die
 378 Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein wollen wir fortsetzen und weiter
 379 entwickeln.

380 Sexuelle Gesundheit ist wichtig für alle Menschen. Daher setzen wir uns für die
 381 Stärkung von Beratungs- und Präventionseinrichtungen z.B. "AIDS-Hilfen" und "pro
 382 familia" ein.

383 Unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den AIDS-Hilfen wollen wir fortsetzen und
 384 weiter ausbauen.

385 Medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessern

386 Die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist eine der
 387 entscheidenden Aufgaben in den nächsten Jahren, besonders in einem Flächenland mit
 388 Inseln und Halligen. Die ambulante und stationäre Versorgung muss verzahnt und die
 389 sektorenübergreifende medizinische Versorgung verbessert werden.

390 Erfolgreich haben wir uns für die Realisierung des Zukunftsmodells Brunsbüttel
 391 eingesetzt, wo bundesweit erstmalig ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
 392 unter einem Dach konzeptionell zusammengefügt und angeboten werden. Wir werden die
 393 Umsetzung begleiten und überprüfen, wie sich dieses Modell auf andere Regionen
 394 übertragen lässt, damit die medizinische Versorgung im ländlichen Raum
 395 gewährleistet ist.

396 Um die Planung zu verbessern, werden wir regionale Gesundheitskonferenzen unter
 397 Beteiligung von Patient*innen, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, niedergelassenen
 398 Ärzt*innen, Vertreter*innen aller Gesundheitsberufe sowie der Kommunalpolitik
 399 einrichten. Die Umsetzung könnte durch eine Landesgesellschaft erfolgen, die
 400 Ergebnisse der regionalen Konferenzen auswertet, die Umsetzung begleitet und in
 401 einem transparenten Verfahren die Bürger*innen über die eingeleiteten Schritte
 402 informiert.

403 Kommunale Gesundheitszentren, medizinische Versorgungszentren und Zweigpraxen sind
 404 weitere Bausteine zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

405 Wir unterstützen die Übertragung ärztlicher Aufgaben und den Einsatz von
 406 Gemeindeschwestern und -pflegern.

407 Besonders für den ländlichen Raum bietet der Ausbau der ergänzenden Telemedizin
 408 Potenzial.

409 Bessere Hygiene - Krankenhausinfektionen vermeiden

410 Unser Ziel ist die Vermeidung von Krankenhausinfektionen. Wir wollen dafür sorgen,
 411 dass Schleswig-Holstein bei dieser Frage eine Vorreiterrolle einnimmt.

412 So unterstützen wir den Bau einer spezialisierten Infektionsstation nach
 413 niederländischem Modell in einem Schleswig-Holsteinischen Krankenhaus. Dieses
 414 Modell werden wir wissenschaftlich begleiten und bei Erfolg ausbauen. Zu verbessern
 415 ist der Personalschlüssel insbesondere auf den Intensivstationen, die
 416 Hygienestandards sind fortlaufend zu erneuern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
 417 der Bund entsprechende Maßnahmen unterstützt.

418 Mit einem Landeskrankenhausgesetz Bau und Finanzierung regeln

419 Wir verfolgen das Ziel, alle gesetzlichen Regelungen zur Planung und Finanzierung
 420 der Krankenhäuser in einem Landeskrankenhausgesetz zusammenzufassen.

421 Investitionen in den Krankenhausbau werden wir bedarfsgerecht umzusetzen. Der Abbau
 422 des Sanierungsstaus in den Krankenhäusern ist ein Schwerpunkt bei der Sicherung der
 423 sozialen Infrastruktur. Den eingeschlagenen Weg werden wir weiter verfolgen, um die
 424 Versorgung überall in Schleswig-Holstein zu sichern.

425 Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für einen bundesweit einheitlichen
 426 Basisfallwert ein, um eine gerechte und angemessene Finanzierung der
 427 Krankenhausbehandlung in Schleswig-Holstein zu erreichen.

428 Die Medizin braucht mehr Nachwuchs

- 429 Bei uns im Land werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren viele Hausärzt*innen in den
 430 Ruhestand gehen. Gleichzeitig steigt dann der Bedarf an Versorgungsleistung – vor
 431 allem im ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund werden – bundesweit – zu wenig
 432 Mediziner*innen an den Hochschulen ausgebildet. Mit der medizinischen Fakultät an
 433 der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und der Universität zu Lübeck haben wir
 434 zwei exzellente Hochschulen zur Medizinerausbildung.
 435 Wir haben den Bau unseres Universitätsklinikums UKSH erfolgreich auf den Weg
 436 gebracht. Das UKSH ist als einziges Krankenhaus der Maximalversorgung ein
 437 entscheidender Bestandteil der medizinischen Infrastruktur. Die Umsetzung des Bau-
 438 Masterplans darf nicht zulasten der Patienten oder des Personals gehen.
 439 Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den anderen Bundesländern durch einen
 440 "Hochschulpakt Medizin" bundesweit 1000 neue Medizinstudienplätze zu schaffen.
- 441 Pflege geht Alle an
- 442 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich zu Hause
 443 versorgt werden. Um das zu ermöglichen, müssen auch die Pflegenden – in der
 444 Mehrzahl Frauen – entlastet werden.
- 445 Wir wollen Programme zur Prophylaxe und Prävention stärken. Auch das Schleswig-
 446 Holsteinische Geriatrie-Konzept (Altersmedizin) gilt es fortzuschreiben. In der
 447 Pflege werden wir kommunale Modellprojekte auflegen, wissenschaftlich auswerten und
 448 bei Erfolg landesweit umsetzen.
- 449 Wir GRÜNE setzen uns für einheitliche Standards bei der Personalbemessung in der
 450 Pflege und eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes für Pflegekräfte ein. Die
 451 Voraussetzungen wollen wir gemeinsam mit den Pflegekräften verbessern. Hierzu
 452 gehört auch, die erforderlichen Ausbildungskapazitäten vorzuhalten.
- 453 Palliativversorgung und Hospize
- 454 Wir wollen das Angebot im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung mit
 455 Palliativmedizin und Hospizen weiter ausbauen.
- 456 Geburtshilfe sicherstellen und Hebammen unterstützen
- 457 Zur Sicherung der Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammen soll die Anzahl der
 458 Ausbildungsplätze für Hebammen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Gemeinsam mit den
 459 Kommunen wollen wir Verantwortung für die Sicherung der Haftpflichtprämien
 460 übernehmen und in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eine für Geburtshilfe
 461 zuständige Hebamme einsetzen. Zur Versorgung der Inseln und Halligen sowie anderer
 462 strukturschwacher Gegenden setzen wir uns weiterhin für eine externe Begleitung bei
 463 der Koordinierung ein.
- 464 Tageskliniken für psychisch Kranke ausbauen
- 465 Unseren erfolgreichen Einsatz für den bedarfsgerechten Ausbau psychiatrischer und
 466 psychosomatischer Tageskliniken werden wir konsequent fortsetzen. Wir unterstützen
 467 die gemeinsame Koordinierung ambulanter, (teil)stationärer und tagesklinischer
 468 Behandlungsformen.
- 469 Demenzerkrankungen nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr zu.
 470 Den Demenzplan Schleswig-Holstein entwickeln wir weiter.
- 471 Gesundheitsversorgung für Geflüchtete sicherstellen

472 Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der
 473 landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein erster Schritt gelungen. Wir
 474 wollen nun in Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von
 475 Menschen ohne Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf
 476 traumatisierte Geflüchtete, denen wir verstärkt Zugang zu qualifizierte
 477 psychotherapeutischer Betreuung gewähren wollen. Ein großes Problem sind
 478 Sprachbarrieren zwischen Ärzt*innen bzw. Psychotherapeut*innen und Geflüchteten,
 479 weswegen wir die Einführung eines Dolmetscher*innenpools prüfen wollen. Die von uns
 480 veranlasste Aufstockung der Mittel ist weiterzuführen und dem kommenden Bedarf
 481 anzupassen. Das gilt auch für die Fortbildung und Supervision von Menschen, die
 482 Traumatisierte in Unterkünften betreuen. Unser Ziel heißt gleiche
 483 Gesundheitsversorgung aller hier lebenden Menschen.

484 Unabhängige Patientenberatung wieder gewährleisten

485 Wir bedauern, dass die unabhängige Patientenberatung nach einer Fehlentscheidung
 486 der Bundesregierung nicht mehr ausreichend im Land präsent ist und werden
 487 versuchen, diese Fehlentwicklung auf Bundesebene rückgängig zu machen.

488 Gesundheit@Digital

489 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Ausbau der Telemedizin bieten große
 490 Chancen für die Sicherung der medizinischen Versorgung. Gerade angesichts der
 491 Sensibilität der Daten und heute oftmals unsicherer Übertragungswege sind auch hier
 492 gute Datenschutzstandards von zentraler Bedeutung.

493 Auf den Punkt

- 494 • Wir werden Menschen, die pflegebedürftige Familienangehörige zu Hause pflegen
 495 durch entlastende Programme besser unterstützen,
- 496 • Wir werden die Prävention von Erkrankungen fördern,
- 497 • die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern,
- 498 • den Investitionsstau bei den Krankenhäusern weiter abbauen,
- 499 • für alle Pflegebedürftigen Qualität in der Pflege hoch halten,
- 500 • die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Demenz sowie der
 501 Hospiz- und Palliativmedizin weiter ausbauen,
- 502 • Traumatherapien für Geflüchtete fördern,
- 503 • Modellprojekte begleiten, die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
 504 vor allem im ländlichen Raum zusammenwirken lassen,
- 505 • die Einrichtung einer Landesgesellschaft zur Umsetzung innovativer Konzepte
 506 prüfen,
- 507 • den Ausbau der Telemedizin unterstützen.

508 Kita – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder schon von der
 509 Kita an. Mit mehr Qualität und Unterstützung der Eltern

510 Die Brücken in eine offene Gesellschaft werden in Kitas und Schulen gebaut. Für
 511 eine gelungene Inklusion und Integration liegt hier der Schlüssel. Dabei kommt es
 512 vor allem auf Qualität an – bei Ausstattung, bedarfsgerechten Öffnungszeiten,
 513 Ausbildung und Personal. Kitas sollen Orte der Geborgenheit und des Lernens sein –
 514 und die Kinderstube der Demokratie.

515 Kaum ein Bereich ist so im Wandel wie die Angebote für kleine Kinder. Seit 2013
 516 haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen
 517 Betreuungsplatz. Bei Platzangebot und Betreuungsschlüssel stehen wir im Norden gut
 518 da. Das Land hat seit 2012 die Mittel für die Kitafinanzierung von 100 auf 200
 519 Millionen Euro jährlich verdoppelt. Das ist deutlich mehr, als wir vor der letzten
 520 Landtagswahl versprochen hatten.

521 Mehr Qualität in der Kita

522 Krippen und Kitas halten vielen Familien den Rücken frei. Hier ist Platz zum
 523 Lernen, um Freundschaften zu schließen und Fragen zu stellen – für Kinder, aber
 524 auch die Eltern. Nicht zuletzt wollen wir die Rolle der Elternvertretungen stärken,
 525 diese institutionalisieren und mit mehr Mitteln ausstatten.

526 Qualität der Kinderbetreuung ist uns wichtig. Schleswig-Holstein liegt bei den
 527 Kitas im bundesweiten Durchschnitt, viele arbeiten schon heute auf höchstem Niveau.
 528 Wir wollen aber gemeinsam mit den Akteur*innen landesweit einen Orientierungsrahmen
 529 für gute fachliche Praxis erarbeiten und diesen mit den Fortbildungsangeboten
 530 verbinden.

531 Inklusive Angebote sollen schrittweise ausgebaut werden, die Sprachförderung
 532 intensiviert, der Übergang von der Kita in die Grundschule systematisiert und auch
 533 die Arbeit der Familienzentren gestärkt werden, die wir seit 2014 mit 2,5 Millionen
 534 Euro jährlich unterstützen.

535 Tagesmütter und -väter bleiben wichtig für Familien mit kleinen Kindern. Sie sollen
 536 an den neuen Maßnahmen für Fachberatung und Qualitätsentwicklung teilnehmen und
 537 sich vernetzen können. Eltern, die ihre Kinder von Tagesmüttern oder -vätern
 538 betreuen lassen, sollen keinen Nachteil haben, wenn Ihr Kind mit drei Jahren einen
 539 Kitaplatz benötigt.

540 Familiengerechtigkeit, eine transparente und gerechte Kitafinanzierung

541 Kinderbetreuung ist aus dem Lebensalltag junger Familien nicht mehr wegzudenken.
 542 Für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung müssen der zeitliche Bedarf sowie die
 543 finanzielle und soziale Situation der Familien noch stärker berücksichtigt werden.
 544 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Weiterbildung oder Pflege
 545 wollen wir weiter verbessern.

546 Eltern müssen trotz aller Anstrengungen im Bundesvergleich bei uns durchschnittlich
 547 am meisten zahlen. Das geht von geringen Gebühren wie in Neumünster hin zu kaum
 548 noch tragbaren Elternbeiträgen im Hamburger Rand. Gemeinsam mit Kreisen und
 549 Kommunen wollen wir familiengerechte Lösungen finden, wie z.B.
 550 Geschwisterermäßigungen und Beitragsstaffelungen.

551 Ein bedarfsgerechtes Angebot und hohe Qualität haben für uns Priorität.
 552 Mittelfristig bleibt die Beitragsfreiheit unser Ziel, so wie es bei Schulen und
 553 Hochschulen bereits der Fall ist. Für uns steht in der kommenden Wahlperiode die
 554 Qualität der Betreuung und Bildung im Mittelpunkt.

555 Die Zunahme an Ganztags- und Krippenplätzen, Tarifsteigerungen und erhöhte
 556 Bildungsstandards bringen Kommunen teilweise an den Rand der Handlungsfähigkeit.
 557 Wir wollen die Kommunen bei diesen Aufgaben finanziell noch stärker unterstützen.
 558 Dies werden wir mit mehr Transparenz in der Finanzierung verbinden. Die
 559 Kitafinanzierung muss für alle nachvollziehbar sein.

560 Fachkräftemangel in Kitas entgegen wirken, Berufseinstieg attraktiver machen

561 Viele qualifizierte Absolvent*innen unserer Beruflichen Schulen arbeiten im
 562 Anschluss an eine zwei- bis fünfjährige Schulzeit mit Praktika nicht in Kitas,
 563 obwohl qualifiziertes Personal händeringend gesucht wird. Darum wollen wir zum
 564 einen die Anerkennung von beruflichen Erfahrungen erleichtern – andererseits
 565 Maßnahmen entwickeln, die den Berufseinstieg einfacher und attraktiver gestalten
 566 und den Einstieg in eine duale Ausbildung prüfen.

567 Auf den Punkt

- 568 • Wir werden noch mehr in Kita-Qualität investieren,
- 569 • eine einfache und verlässliche Kita-Finanzierung mit Kreisen und Kommunen
 570 erreichen, die Kommunen wieder Spielräume gibt,
- 571 • uns für mehr Beitragsgerechtigkeit einsetzen,
- 572 • den Berufseinstieg für junge Menschen attraktiver machen.

573 Schulen / Leben, lernen, entdecken: Unsere Schulen brauchen
 574 eine bessere Ausstattung und Ruhe für mehr Unterrichtsqualität

575 Wir wollen, dass nicht in erster Linie Fächer sondern junge Menschen unterrichtet
 576 werden. Uns ist wichtig, dass Kinder die Welt des Wissens entdecken, sie lernen,
 577 worauf sie stolz sein können und erfahren, wobei sie sich anstrengen müssen. Guter
 578 Fachunterricht, individuelle Förderung, ein wertschätzender Umgang – das haben
 579 unsere Schüler*innen verdient. Wir streben eine ganzheitliche Bildung an und wollen
 580 den Kindern gutes Rüstzeug mitgeben: Ausbildungsreife und Lebenspraxis.

581 Um den Sanierungsstau im Kommunalen Schulbau aufzulösen, werden wir in der nächsten
 582 Legislaturperiode gemeinsam mit den Kommunen eine belastbare Bestandsaufnahme
 583 machen. So, wie wir es in dieser Legislaturperiode für die Landesinfrastruktur
 584 gemacht haben. Unser Ziel ist es, in der nächsten Legislaturperiode zügig gemeinsam
 585 mit den Kommunen ein Konzept zu erarbeiten um die Sanierung der Schulen
 586 verlässlicher auf den Weg zu bringen. Dazu braucht es eine belastbare Planung, die
 587 mehr als eine Legislaturperiode umfasst. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich
 588 das Land an der baulichen Sanierung der kommunalen Schulen finanziell beteiligt.

589 100 Prozent Unterrichtsversorgung plus Bildungsbonus

590 Schulen unterscheiden sich in der Zusammensetzung stark. Wir wollen vor allem
 591 Schulen einen "Bildungsbonus" geben, die vielen Kindern und Jugendlichen, die es

592 nicht leicht haben, Rückenwind geben. Es gilt, anhand eines Sozialindex vor allem
 593 dort, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus Lehrkräften,
 594 Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
 595 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
 596 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

597 Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Den Sparkurs an unseren Schulen von Schwarz-Gelb
 598 haben wir darum 2012 beendet. Auch künftig wird unser Schwerpunkt auf einer
 599 besseren Ausstattung der Schulen und höherer Qualität liegen.

600 Bei der Unterrichtsversorgung haben wir uns von 95 Prozent auf inzwischen 98
 601 Prozent vorgearbeitet. Alle Schulen brauchen eine 100-prozentige Versorgung, einige
 602 darüber hinaus mehr Personal: Schulen unterscheiden sich bei der Zusammensetzung
 603 der Schüler*innen stark. Wir wollen vor allem Schulen einen "Bildungsbonus" geben,
 604 die vielen Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwernissen Rückenwind
 605 geben. Es gilt, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus Lehrkräften,
 606 Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
 607 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
 608 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

609 Wir haben die Schulsozialarbeit und die Schulassistenz an Grundschulen mit jeweils
 610 mehr als 13 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Den schulpsychologischen Dienst
 611 wollen wir ebenfalls weiterentwickeln.

612 Die Anzahl der Ganztagschulen ist weiter gestiegen. Jetzt gilt es die Qualität zu
 613 verbessern. Viele Angebote entsprechen nicht unseren Anforderungen an ganztägige
 614 Bildung und Betreuung. Eine bessere Verzahnung der Ganztagsangebote mit
 615 außerschulischen Organisationen und Einrichtungen ist erforderlich. Die
 616 Zusammenführung von Hort und Ganztagschule in zukünftiger Verantwortung der
 617 Schulen darf nicht zum Qualitätsverlust im Ganztagsangebot führen. Unser Ziel
 618 bleibt, dass alle Schulen zu gebundenen, also verbindlichen und gebührenfreien
 619 Ganztagschulen werden.

620 Qualitätsverbesserungen statt Strukturdebatten – Personalentwicklung fördern

621 Seit dem Jahr 2007 gibt es eine neue Schulstruktur im Land. Das System aus
 622 Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen hat sich bewährt. Der
 623 Standard G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien
 624 ist allgemein akzeptiert. In der laufenden Legislaturperiode haben wir nach einem
 625 Bildungsdialog mit vielen Akteur*innen behutsam nachgesteuert. Wir sind uns
 626 bewusst, dass die Schulen Ruhe wollen, um an Schulkultur und Unterrichtsmethoden
 627 weiterarbeiten zu können. Darum halten wir uns mit neuen Bestimmungen und
 628 Pflichtenforderungen zurück. Es wird keine Veränderung der Schulstruktur geben,
 629 jedoch werden wir den Bildungsdialog fortsetzen.

630 Unsere Aufgabe wird es vielmehr sein, Rahmenbedingungen zu gestalten, die an den
 631 Schulen Freiräume für gemeinschaftliche Initiativen und Entwicklungen lassen. Wir
 632 unterstützen alle Schulen dabei, ihren Beitrag zu gesellschaftlichen Aufgaben, vor
 633 allem der Inklusion und der Integration von Geflüchteten, zu leisten.

634
 635 Wir werden die Ausgaben für Fortbildung erhöhen und den systematischen Einstieg in
 636 die Supervision (Beratung und Hilfe) von Lehrkräften und Schulleitungen prüfen.

637 Wir werden uns für variable Arbeitszeitmodelle einsetzen und in einigen
 638 Modellschulen Erfahrungen damit sammeln. Ziel ist es, multiprofessionellen Teams

639 Freiräume zu schaffen, Zeit für Koordinierungsaufgaben zu gewinnen und
640 Arbeitsspitzen abzumildern.

641 Der Schulleitung kommt eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der Schulqualität
642 zu. Schulleitung ist ein eigenes Berufsfeld – auf die komplexen Managementaufgaben
643 sind viele Lehrer*innen nicht vorbereitet. Wir halten die Einführung einer
644 systematischen Personalentwicklung und ein Spezialprogramm für künftige
645 Führungskräfte in Schulen für unerlässlich. Dabei wollen wir auch Diversityaspekte
646 verstärkt mit in die Schulleitungen und Fortbildungen tragen.

647 Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf
648 ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten
649 Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen und Eltern können aufschlussreiches Feedback
650 geben, deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden.

651 Wir wollen Kreativität und projektebezogene Gruppenarbeit stärker fördern.
652 Entrepreneurship und Gründungsinitiativen sollen auch in der Schule behandelt
653 werden. Viele Initiativen, die dieses an die Schulen tragen sind noch sehr jung und
654 wir wollen sie weiter ermutigen mit Schulen tätig zu werden. Wir werden in diesem
655 Rahmen unterstützend tätig werden.

656 Inklusion verwirklichen

657 Inklusion bedeutet Teilhabe und Förderung. Wir unterstützen sowohl inklusive
658 Angebote an Regelschulen – das bedeutet, dass Kinder mit Handicap in ihre
659 Nachbarschule gehen können – als auch die in unserem Schulsystem unverzichtbaren
660 Förderzentren. Beides muss Hand in Hand gehen und Eltern die Wahl lassen.

661 Inklusion braucht Unterstützung. Damit alle Kinder individuelle Lernunterstützung
662 in Anspruch nehmen können, sind mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches
663 Fachpersonal einzustellen. Mit den von uns in dieser Legislatur bereits
664 geschaffenen zusätzlichen Stellen für Förderlehrkräfte sowie rund 600
665 Schulassistent*innen an Grundschulen haben wir einiges erreicht. Künftig geht es
666 darum, die Mittel von Schulbegleitung und Schulassistenz im Sinne der Schule und
667 der Verlässlichkeit für die betroffenen Familien besser zu verzahnen.

668 Inklusion kann nicht nach der neunten Klasse enden. Gemeinsam mit Schulen und
669 Wirtschaft sowie mit Jugendberufsagenturen werden wir nach besseren Möglichkeiten
670 suchen, die inklusive Struktur auch in der beruflichen Bildung im Land auszubauen.

671 Das Land wird die Kooperation von Regelschulen und Förderzentren mit
672 Investitionsanreizen unterstützen. Bauliche Veränderungen sollen auch die
673 gemeinsame Planung und Gestaltung des Unterrichts verbessern. Die Zusammenarbeit
674 von Fach- und Förderlehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schulassistent*innen, von
675 Ganztagspersonal und Schulbegleiter*innen wird so erleichtert und wirkungsvoller.

676 Zu Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen zählen auch Hochbegabte.
677 Wir begrüßen die bereits angelaufenen Projekte an unseren Schulen und werden sie
678 weiter fördern – als wichtigen Beitrag für Vielfalt an Schulen.

679 Kinder und Jugendliche aus aller Welt sind willkommen an unseren Schulen

680 Ohne die engagierte Arbeit unserer Schulen wird Integration nicht gelingen. Mehr
681 als 700 Lehrer*innenstellen sind bislang geschaffen worden, weitere werden folgen,
682 um allen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein einen guten Bildungsstart
683 zu ermöglichen. Die Arbeit in DaZ-Vorbereitungsklassen (Deutsch als Zweitsprache)

684 braucht einen eigenen Ansatz. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von
685 Lehrkräften zu nutzen, die selber Geflüchtete sind oder waren. Diese Lehrer*innen
686 brauchen ein spezielles Einstiegs- und Traineeprogramm, um mit unseren
687 pädagogischen Standards erfolgreich arbeiten zu können. Solange noch nicht
688 ausreichend mehrsprachige Lehrkräfte an Schleswig-Holsteinischen Schulen zur
689 Verfügung stehen, soll der Dolmetscherpool des IQSH, der bislang nur den DaZ-
690 Zentren zur Verfügung steht, für den Abruf aller Schulen geöffnet werden. Nicht
691 alle Kinder Neuzugewanderter lernen an DaZ-Zentren. Für Elterngespräche und
692 Beratung werden insbesondere auch an Förderzentren kompetente Dolmetscher*innen
693 benötigt, um aufzuklären und zu vermitteln.

694 Schule muss sich jede*r leisten können

695 Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber auch bei uns kommen Kinder
696 ohne Frühstück zur Schule. Nicht alle Kinder können sich das Menssaessen oder
697 Klassenfahrten leisten. Kein Kind darf aus Geldsorgen vom Schulleben ausgeschlossen
698 sein.

699 Wir werden einen Sozialfonds auflegen, der es finanziell benachteiligten
700 Schüler*innen ermöglicht, gleichberechtigt an Bildungsangeboten teilzuhaben. Dazu
701 gehören die Teilnahme an Klassenfahrten, Zuschüsse zum Essen, Kosten für benötigte
702 Lernmittel und IT-Ausstattung, die viele Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern
703 oftmals vor große finanzielle Schwierigkeiten stellen.

704

705 Schule muss Wege offen halten

706

707 Schüler*innen aus problembelasteten Familien stehen beim Schulbesuch oft vor
708 besonderen Herausforderungen, die sich in der Pubertät oft potenzieren –
709 ausgerechnet wenn der erste oder der mittlere Schulabschluss anstehen. Kinder und
710 vor allem Jugendliche, die nach Deutschland geflüchtet sind, können oft in den
711 wenigen Jahren bis bei ihnen der Schulabschluss ansteht nicht die deutsche Sprache
712 lernen und gleichzeitig die Leistungen abrufen, die ihnen eigentlich möglich wären.
713 Um diesen Kindern und Jugendlichen eine zweite Chance auf einen Schulabschluss zu
714 ermöglichen, setzen wir uns für ein Schulrecht ein – auch jenseits von Schul- und
715 Berufsschulpflicht. Jede*r Heranwachsende in Schleswig-Holstein muss die
716 Möglichkeit erhalten, in seinem oder ihrem Leben mindestens 9 Jahre eine
717 ordentliche Schule besucht zu haben.
718 Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Eltern, die nicht in der Lage sind, ihren
719 Kindern ausreichend im Schulalltag zu helfen, mehr Unterstützung erfahren. Dazu ist
720 eine Erweiterung der Bildungsarbeit für die Eltern erforderlich.

721 Demokratie und Vielfalt wagen

722 Demokratie, Vielfalt und Selbstbestimmung müssen früh erlernt werden. Wir wollen
723 Kinder von Beginn an mitbestimmen lassen, etwa durch altersgerechte
724 Feedbackformate. Angemessene Demokratieprojekte sollen in den Kitas und allen
725 Schulformen ein festes Angebot sein, damit Kinder und Jugendliche die Vielfalt der
726 Gesellschaft, unterschiedliche Lebensentwürfe und die Pluralität von Meinungen
727 schätzen lernen. Wir werden Projekte unterstützen, die das Ziel einer kritischen
728 Reflektion von Geschlechterrollen unter Jugendlichen haben.

729 Politische Bildung ist, gerade in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer
730 Parteien, für das Mitwirken an demokratischen Prozessen und das Gelingen von

731 Demokratie unverzichtbar. Deshalb wollen wir das Thema politische Bildung und
732 Demokratiebildung an den Schulen in allen Jahrgängen verankern. Der
733 Landesbeauftragte für politische Bildung spielt dabei eine hervorgehobene Rolle. Er
734 hat mit Angeboten für Jugendliche – wie „jung und wählerisch“ und mit den
735 „Demokratietagen“ – gemeinsam mit Schulen richtungsweisende Formate entwickelt, die
736 durch neue Projekte und Unterrichtsmodule auszubauen sind. Dafür bedarf es einer
737 besseren Finanzierung des Landesbeauftragten für politische Bildung um eine noch
738 bessere Ausgestaltung seiner Arbeit zu ermöglichen.

739 Gesunde Schule

740 Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene verbringen viel Zeit in der Schule. Wir
741 sorgen uns um den Krankheitsstand bei Lehrkräften und um Kindern und Jugendlichen,
742 die in der Schule mehr Stress erleben, als ihnen gut tut. Wir werden die
743 vielfältigen Ursachen für Stress im Schulleben genau untersuchen und Maßnahmen
744 dagegen vorschlagen. Den Bildungsdialog werden wir fortführen und das Thema
745 „Gesunde Schule“ in den Mittelpunkt stellen. Zur "Gesunden Schule" gehört auch die
746 Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften Lebensmitteln, die zudem aus der Region
747 kommen und dem Saisonangebot entsprechen.

748 1) "Nur was man kennt, schützt man auch" - Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung
749 stärken

750 Wir werden die schulische und außerschulische Umweltbildung im Sinne der Bildung
751 für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken - auch mit Angeboten für Erwachsene.
752 Naturkenntnis, das Wissen um ökologische Zusammenhänge der Land- und
753 Meereslebensräume, globale Entwicklungen und um Auswirkungen des eigenen Handelns
754 sehen wir als bedeutende Schlüsselkompetenzen an. Gerade junge Menschen wollen wir
755 stärker befähigen ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

756 Wir werden die engagierten Vereine und Verbände im Land stärker unterstützen und
757 dabei insbesondere auch die kleinen, aktiven Jugendverbände besser fördern.

758 Neben der Erweiterung von entsprechenden Angeboten für angehende Lehrer*innen in
759 der Ausbildung wollen wir dem Naturerleben in Kitas und Schulen durch
760 Unterrichtseinheiten im Gelände eine höhere Bedeutung einräumen.

761 Außerdem wollen wir Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote für Natur
762 und ihre Umwelt begeistern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk
763 aus Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufgebaut werden kann.

764 Schwimmen lernen

765 Jede*r zweite junge Schleswig-Holsteiner*in lernt nicht mehr schwimmen. In vielen
766 Schulen ist qualifizierter Schwimmunterricht auf Grund fehlender Schwimmstätten
767 nicht möglich. Wir wollen ein Programm auflegen, damit alle Kinder schon in der
768 Grundschule schwimmen lernen können. Wir unterstützen die Kommunen beim Erhalt
769 ihrer öffentlichen Bäder. Als ersten Schritt werden wir den Förderzeitraum für die
770 Sanierung kommunaler Schwimmsportstätten verlängern und die Fördermittel
771 entsprechend anpassen.

772 Religionsunterricht gehört dazu

773 Unsere Schulen sind Orte der Vielfalt. Das sollte sich noch stärker bei den
774 Angeboten zu Religionsunterricht und Ethik zeigen. Wenn wir die Vielfalt ernst
775 nehmen, müssen wir auch in diesem Bereich Angebote schaffen. Solange die

776 christlichen Kirchen, denen der konfessionelle Religionsunterricht zugesichert ist,
777 keinen konfessionsübergreifenden Unterricht wie in Hamburg anstreben, müssen wir
778 gleichberechtigt auch andere Angebote schaffen. Dazu gehört mehr staatlicher
779 Islamunterricht durch Lehrer*innen, die an deutschen Hochschulen für den Unterricht
780 von Kindern muslimischen Glaubens ausgebildet sind.

781 Die Schule im Dorf lassen

782 Kleinen Grundschulen haben wir es ermöglicht, dass sie im Dorf bleiben können.
783 Weiterhin gilt: Kurze Beine – kurze Wege. Aber die Schüler*innenzahlen sinken auch
784 an einigen weiterführenden Schulen. Hier gilt das Argument der kurzen Beine nicht,
785 vielmehr liegt ein Schwerpunkt auf einem fachlichen und vielfältigen Angebot. Zwar
786 haben wir auch dort die Mindestgröße auf 240 Schüler*innen gesenkt, aber so nicht
787 alle Probleme gelöst.

788 Wir wollen, dass es auch im ländlichen Raum erreichbare Angebote für die
789 Sekundarstufe gibt und sehr lange Fahrtwege für Schüler*innen vermieden werden.

790 Es ist ein Landesausschuss einzurichten, in dem ein- bis zweimal pro Jahr
791 kreisübergreifend und frühzeitig über Schwierigkeiten aufgrund der demografischen
792 Entwicklung beraten werden kann.

793 Gemeinschaftsschulen mit praktischer Orientierung entwickeln

794 Viele Gemeinschaftsschulen haben eine besondere Praxisorientierung. Mit der
795 Stärkung von Flex- und Praxisklassen, der Kooperation mit Werkstätten der
796 beruflichen Schulen und Unternehmen, mit Schüler*innenfirmen und einem
797 anspruchsvollen Technikprofil können diese Schulen punkten. Wir wollen
798 Gemeinschaftsschulen neben einer ausreichenden Versorgung auch mit gymnasialen
799 Lehrkräften, um Schüler*innen auf das Abitur vorzubereiten, ebenso in dieser
800 "praktischen Orientierung" fördern, um so passgenaue Schulprofile für verschiedene
801 Bedarfe zu ermöglichen. Bei einer solchen Orientierung spielen Coaches, die
802 Jugendliche in den Schulen frühzeitig und individuell beruflich beraten, eine
803 wichtige Rolle. Wir setzen auf Lernen in der Praxis und individuelle Begleitung.
804 Die entsprechenden Maßnahmen wollen wir verstärken, um auch die
805 Schulabbrecher*innenquote zu senken.

806 Freie Schulen sind unsere Partner mit frischen Ideen

807 In den vergangenen Jahren haben wir die Förderung von Schulen in freier
808 Trägerschaft auf eine neue Grundlage gestellt und erstmals seit dem Jahr 2000
809 spürbar verbessert sowie der tatsächlichen Kostenentwicklung angepasst. Schulen in
810 freier Trägerschaft sind eine Bereicherung unserer Schullandschaft. Etliche
811 Kolleg*innen aus öffentlichen Schulen hospitieren dort. Viele Ideen werden in
812 Schulen freier Trägerschaft ausprobiert und gehen im öffentlichen Bereich in Serie.

813 Wir wollen die Rahmenbedingungen auch in den freien Schulen weiter verbessern,
814 damit sie sich leichter den Aufgaben von Inklusion und der Integration von
815 Flüchtlingen widmen können.

816 Aus- und Weiterbildung unserer Lehrer*innen besser gestalten

817 Gerade weil das Lehramt anspruchsvoll ist, haben wir die Lehrkräfteausbildung
818 modernisiert und wollen nun prüfen, wie wir an unseren Hochschulen Eignungstests
819 für Lehramtsstudierende einführen können. Die Testergebnisse sollen nicht bindend
820 sein, den Studierenden aber Hinweise zur Studienwahl geben.

821 Mit uns wird es keine Rückabwicklung des Lehrkräftebildungsgesetzes geben. Wir
822 wollen die sich in Umsetzung befindlichen Lehramtskonzepte an unseren Hochschulen
823 weiter unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung des Praxissemesters
824 und den Weiterbildungsmaster für Sekundarstufe I-Lehrkräfte.

825 Die Weiterbildung unserer Lehrkräfte wollen wir ausbauen, auch um in Mangelfächern
826 Engpässen vorzubauen. Wir werden durch Aufbaustudiengänge Lehrkräften und
827 Absolvent*innen der Kombistudiengänge der Europa-Universität Flensburg ermöglichen,
828 sich für die Sekundarstufe II zu qualifizieren. Es sind weitere Maßnahmen gegen den
829 Lehrkräftemangel auf den Weg zu bringen. Vor allem Schulleitungen im ländlichen
830 Raum brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen Menschen mit ausländischer
831 Qualifikation den Weg in die deutschen Schulen ebnen und einen
832 Sondereinstellungskorridor für Lehrkräfte in Mangelfächern eröffnen.

833 Eigenständigkeit erwünscht

834 Auch künftig sollen Schulen über ihre pädagogischen Methoden weitgehend selbst
835 entscheiden. Jede Lehrkraft tickt anders, deshalb ist Autonomie wichtig. Es obliegt
836 den Schulen, ob z.B. eine Grundschule die Abschlusszeugnisse notenfrei gestaltet
837 oder nicht, mit welcher Schule kooperiert wird, welche Profile angeboten werden, ob
838 jahrgangsübergreifend gearbeitet wird und wie der Umgang mit digitalen Medien zu
839 integrieren ist. Zur Autonomie gehören Standards, die umzusetzen sind,
840 bedarfsgerechte Evaluationen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Weder die
841 Autonomie, noch das Qualitätsmanagement dürfen – wie in der Vergangenheit geschehen
842 – zu unangemessenem Mehraufwand in den Schulkollegien führen.

843 Schulentwicklungsplanung für die Metropolregion Hamburg verwirklichen

844 Wir haben große Fortschritte in Richtung einer freien Schulwahl in der
845 Metropolregion Hamburg gemacht und das Gastschulabkommen abgeschlossen. In der
846 kommenden Wahlperiode wollen wir die Kooperation mit Hamburg intensivieren. Ziel
847 bleibt eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg für den Hamburger Rand
848 - auch im beruflichen Bereich. Anzustreben ist eine möglichst freie Schulwahl in
849 der Metropolregion, was für viele dort lebende Familien eine große Erleichterung
850 bedeutet. Eine solche Möglichkeit kreisübergreifender Schulentwicklungsplanung
851 werden wir in Zukunft auch für den Rest Schleswig-Holsteins prüfen und ggfs. in
852 Angriff nehmen.

853 Lernen@Digital

854 Der freie Zugang zu Wissen ist eine Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit. Um diese
855 Chance nutzen zu können, ist zunächst Wissen um den richtigen Umgang mit den Neuen
856 Medien notwendig. Medienkompetenz ist längst eine Schlüsselqualifikation. Moderne
857 Schulen brauchen zeitgemäße Methoden und digitales Lernen gehört heute unbedingt
858 dazu. Auf diesem Weg wollen wir die Schulen unterstützen und begleiten, u.a. durch
859 Ergänzungen in der Lehrer*innenaus- und -fortbildung, im Vorbereitungsdienst und
860 mit außerschulischen Partnern.

861 Wir werden mit den kommunalen Spitzenverbänden und Schulträgern nach Lösungen
862 suchen, wie die IT-Infrastruktur auf einen landesweit vergleichbaren, hohen
863 Standard gebracht werden kann. Die Wartung der Hard- und Software kann nicht – wie
864 an einigen Schulen noch üblich – engagierten Lehrer*innen und Schüler*innen
865 zugemutet werden. Dies ist die Aufgabe qualifizierter Schultechniker*innen. Für
866 finanzschwache Schüler*innen brauchen wir Angebote, damit nicht der Geldbeutel über
867 die Teilhabe entscheidet.

868 Das Internet bietet einfachen Zugang zu Fakten und Wissen – das Lernen entwickelt
 869 sich weiter. Interdisziplinäre Medienbildung und Informatikunterricht müssen
 870 obligatorisch für alle Schüler*innen an weiterführenden Schulen werden. Um das zu
 871 leisten, sind zügig Lehrkräfte aus- und fortzubilden und die technischen
 872 Möglichkeiten an den Schulen zu fördern. Internetzugang muss an allen Schulen in
 873 Schleswig-Holstein für alle Schüler*innen möglich sein. Die Vermittlung digitaler
 874 Kompetenz darf aber nicht einfach „On Top“ zu den bisherigen Curricula (Lehrplänen)
 875 gelegt werden. Die Einführung eines Medienpasses wollen wir prüfen. Er kann dafür
 876 sorgen, dass alle Schüler*innen die Medien kritisch und praktisch beherrschen.
 877 Unser Ziel bleibt darüber hinaus die möglichst lebenslange Vermittlung von
 878 Medienkompetenz.

879 Schleswig-Holstein braucht eine Landesstrategie für Open Educational Resources
 880 (frei zugängliche Lehrmaterialien).

881 Auf den Punkt

- 882 • Wir werden dafür sorgen, dass alle Schulen 100 Prozent Unterricht geben
 883 können und den "Bildungsbonus" einführen,
- 884 • weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität ergreifen,
- 885 • mehr pädagogisches Fachpersonal für Inklusion einstellen und
 886 Integrationsangebote ausbauen,
- 887 • dafür eintreten, dass finanzielle Hindernisse Zuhause nicht zur
 888 Bildungsbremse werden,
- 889 • Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung in Schulen und durch aktive Vereine
 890 stärken und uns für "Gesunde Schulen" einsetzen,
- 891 • Ganztagsangebote ausbauen und Schulen im ländlichen Raum stärken,
- 892 • für mehr altersgerechte Demokratie und Vielfalt an Schulen sorgen,
- 893 • Schulen Freiraum und Ruhe geben, damit vor Ort an der Schulqualität
 894 gearbeitet werden kann,
- 895 • digitales Lernen fördern.

896 Berufliche Bildung / Beim direkten Weg von der Schule in die
 897 Ausbildung dürfen wir keinen Jugendlichen zurücklassen

898 Unser Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen deutlich zu erhöhen, die direkt nach
 899 der Schule eine Ausbildung beginnen. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen wollen wir
 900 zu ausbildungsqualifizierenden Bausteinen umbauen. Wir werden einen jährlichen
 901 Projekttag der Gewerkschaften an Beruflichen Schulen einrichten. Ziel der
 902 Projekttag soll neben der Vermittlung von Wissen über Arbeitnehmer*innenrechten
 903 auch die Darstellung der Geschichte und Rollen deutscher Gewerkschaften sein.

904 Berufs- und Studienorientierung intensivieren

905 Die Berufs- und Studienorientierung (BSO) an allgemeinbildenden Schulen verstärken
 906 wir und bauen die Kooperation zu Berufsschulen sowie Regionalen Bildungszentren

907 (RBZ) aus. Berufsschullehrkräfte haben durch den engen Kontakt mit Betrieben und
 908 Innungen einen größeren Überblick über Ausbildungsberufe und Ausbildungssituation
 909 als viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Deshalb prüfen wir, wie
 910 Berufsschullehrkräfte die allgemeinbildenden Schulen in der Berufsorientierung
 911 unterstützen können.

912 Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen

913 Immer noch befinden sich jährlich mehr als 7.000 Jugendliche in
 914 ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen. Hier besteht Handlungsbedarf für Politik und
 915 Sozialpartner. Wir brauchen ein qualifizierendes, aufeinander aufbauendes System
 916 für Jugendliche, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wollen
 917 das Konzept der Ausbildungsgarantie in Schleswig-Holstein umsetzen. Damit bekommt
 918 jede*r Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz im Betrieb oder
 919 betriebsnah in den beruflichen Schulen beziehungsweise bei freien Trägern.

920 Azubirechte verankern

921 Die Ausbildungsreport des DGB zeigt regelmäßig Mängel in den Ausbildungsberufen
 922 auf. Fehlende Ausbildungspläne, immer häufigere und regelmäßige Überstunden sowie
 923 schlechte Bezahlung sind in vielen Ausbildungsberufen ein Problem. Wir Grüne setzen
 924 uns für Mindestausbildungsvergütungen und wirksame Kontrollen der
 925 Ausbildungsbetriebe ein. Ähnlich wie für Studierende fordern wir für Azubis ein
 926 preisgünstiges Azubiticket.

927 Dem Fachkräftemangel an beruflichen Schulen entgegenwirken - Modellstudiengänge
 928 einrichten

929 Auch an den berufsbildenden Schulen wollen wir eine Unterrichtsversorgung von 100
 930 Prozent erreichen. Um den Lehrkräftebedarf an beruflichen Schulen zu decken, vor
 931 allem im gewerblich-technischen Bereich, brauchen wir neue Einstiegsmodelle. Dazu
 932 werden wir modellhaft Masterstudiengänge einrichten und Konzepte mit dem
 933 Landeseminar Berufliche Bildung sowie dem Berufsbildungsinstitut Arbeit und
 934 Technik an der Europa-Universität Flensburg entwickeln.

935 Jugendberufsagenturen im ganzen Land etablieren

936 Wir haben erreicht, dass in fünf Modellregionen in Schleswig-Holstein
 937 Jugendberufsagenturen eingerichtet werden und haben dafür 200.000 Euro
 938 bereitgestellt. Ein Anfang ist gemacht, weitere Kreise und kreisfreie Städte wollen
 939 dieses Konzept umsetzen. Wir werden die flächendeckende Einführung von
 940 Jugendberufsagenturen unterstützen. Sie bieten die Chance, dass viele Jugendliche
 941 durch intensive Beratung und Begleitung an einem Ort den direkten Weg von der
 942 Schule in die Ausbildung finden.

943 RBZ und berufliche Schulen unterstützen die Integration von Geflüchteten

944 Berufliche Schulen und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) übernehmen wichtige
 945 Arbeit bei der Integration von jungen Flüchtlingen. Sie begleiten die Migrant*innen
 946 zu Beginn in Sprachklassen, danach auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf –
 947 unabhängig von der Herkunft. Für diese Aufgabe haben wir zusätzliche Ressourcen
 948 bereitgestellt. Wir wollen die Möglichkeiten der Kooperation mit freien Trägern und
 949 der Bundesagentur für Arbeit jetzt erweitern, um jungen Flüchtlingen über 18 Jahren
 950 Sprachunterricht und Ausbildungsvorbereitung zu eröffnen. Das für alle leisten zu
 951 können, braucht zusätzliche Mittel des Bundes, um das für alle leisten zu können,

952 braucht es zusätzliche Mittel des Bundes und eine schulrechtliche Regelung, die es
 953 Geflüchteten über 18 Jahre ermöglicht, eine Berufsschule zu besuchen.

954 Berufliche Bildung stärken – Kräfte bündeln in einem Schleswig-Holsteinischen
 955 Institut für berufliche Bildung (SHIBB)

956 In Schleswig-Holstein besuchen mehr als 90.000 Schüler*innen Berufsbildende Schulen
 957 in unterschiedlichen Bildungsgängen. Diese Institutionen spielen eine wichtige
 958 Rolle beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei der Berufsausbildung (duale
 959 und vollzeitschulische Berufsausbildungen), beim Erreichen des Abiturs und in der
 960 beruflichen Weiterbildung. Wir werden die berufliche Bildung an den Schulen sowie
 961 die Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrkräfte stärken. Dazu brauchen wir die
 962 Bündelung der Ressourcen aus den verschiedenen Ministerien und dem Landesseminar im
 963 fachlichen und personellen Bereich sowie die Einbindung von Sozialpartnern und
 964 Schulträgern. Die Gründung eines eigenständigen Schleswig-Holsteinischen
 965 Landesinstituts für Berufliche Bildung (SHIBB) haben wir bereits angestoßen.

966 RBZ-Prozess voran bringen

967 Die beruflichen Schulen müssen flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, z.B.
 968 mit Sprachklassen und einer Ausbildungsvorbereitung für Flüchtlinge, über
 969 Veränderungen in den Ausbildungsberufen und mit Angeboten für Fort- und
 970 Weiterbildung. Die Struktur ist als Anstalt öffentlichen Rechts dafür optimal, da
 971 sie regionale Berufsbildungszentren autonomer macht.

972 Auf den Punkt

- 973 • Wir werden Jugendberufsagenturen flächendeckend aufbauen,
- 974 • dem Fachkräftemangel an Beruflichen Schulen begegnen,
- 975 • ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB)
 976 etablieren,
- 977 • allen Jugendlichen Ausbildung anbieten.

978 Hochschulen / Wir fördern unsere Leuchttürme des Wissens

979 Für unsere Hochschulen haben wir viel erreicht. Während in der schwarz-gelben
 980 Regierungszeit Kürzungen und Dialogverweigerung auf der Tagesordnung standen, geht
 981 es mit der Küstenkoalition für die Hochschulen voran. Wir GRÜNE waren treibende
 982 Kraft bei den Reformen in der Hochschulpolitik und der Verbesserung der
 983 finanziellen Lage unserer Hochschulen.

984 Immer mehr junge Menschen studieren z.B. in Elmshorn, Flensburg, Heide, Kiel und
 985 Lübeck. Davon profitieren Städte und Umland. Von den Hochschulen kommen starke
 986 Impulse für Zukunftsgestaltung in Schleswig-Holstein. Die Hochschulanbindung aller
 987 Oberzentren und weiterer Mittelzentren wird darum von uns unterstützt. Deshalb
 988 werden wir GRÜNE unsere Hochschulen wie geplant ausbauen und finanziell stärken.
 989 Unsere erfolgreiche Hochschul- und Wissenschaftspolitik werden wir fortsetzen und
 990 fortwährend mit allen universitären Statusgruppen evaluieren.

991 Schleswig-Holstein befindet sich auf dem Weg, ein Wissenschaftsland mit
 992 Alleinstellungsmerkmalen zu werden. Statt großer Gesetzesnovellierungen werden wir
 993 an konkreten Projekten mit den Hochschulen daran arbeiten, ihre Profile weiter zu

- 994 stärken. Kooperationsprojekte untereinander und mit anderen Wissenschafts- und
 995 Forschungseinrichtungen im norddeutschen Raum haben Priorität.
- 996 Mehr Ressourcen für unsere Hochschulen bereitstellen
- 997 Wir GRÜNE unterstützen den Ausbau der Hochschulen auch über den doppelten
 998 Abiturjahrgang und das Studierendenplateau 2019 hinaus.
- 999 Wir haben mit einem anwachsenden Finanzierungsmodell die Grundhaushalte der
 1000 Hochschulen gestärkt sowie die Finanzierung des Hochschulpakts III mit rund 240
 1001 Millionen Euro und dessen Verstetigung nach 2020 zugesagt. In der nächsten
 1002 Wahlperiode werden wir die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der universitären
 1003 Grundhaushalte umsetzen. Wir wollen unsere Hochschulen weiter finanziell stärken um
 1004 die Unterfinanzierung der Hochschulen im bundesweiten Vergleich weiter abzubauen
 1005 und innovative Studiengänge auf den Weg bringen zu können. . Besonders haben wir
 1006 die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Studiengängen im Blick. Kleine und
 1007 "exotische" Fächer nehmen für uns eine hervorgehobene Position in der
 1008 differenzierten Hochschullandschaft ein und liegen uns sehr am Herzen. .
- 1009 Wir stellen die Mittel zur Sanierung der in die Jahre gekommenen Gebäude bereit.
 1010 Die Küstenkoalition hat die Mittel für Hochschulen spürbar aufgestockt.
- 1011 Viele Rahmenbedingungen in der Hochschulpolitik liegen in der Verantwortung des
 1012 Bundes. Wir wollen einerseits unsere Hochschulen bei der Bewerbung in bundesweiten
 1013 Wettbewerben unterstützen, beispielsweise bei der Exzellenzstrategie und den Pakten
 1014 für Innovations- und Nachwuchsförderung, andererseits politische Initiativen auf
 1015 Bundesebene entwickeln.
- 1016 Faire Beschäftigung und Vereinbarkeit fördern
- 1017 Der Bund muss nach dem Wegfall des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich
 1018 stärker in die Grundfinanzierung aller Hochschulen einsteigen und die notwendigen
 1019 Infrastrukturen des Wissens über ein Bundesprogramm fördern.
- 1020 Durch die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist der Rahmen für bessere
 1021 Arbeitsbedingungen mit weniger Kettenverträgen für junge Wissenschaftler*innen
 1022 besser geworden. Wir wollen durch weitere Reformen im Bund die prekäre
 1023 Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Mittelbaus weiter angehen. Wir
 1024 werden darauf achten, dass sich die Hochschulen Verhaltenskodizes für gute
 1025 Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für befristet Beschäftigte geben.
- 1026 Gleichzeitig werden wir die Gleichstellung von Frauen an der Hochschule
 1027 vorantreiben und die Berufung von mehr Professorinnen unterstützen. Dazu gehört
 1028 auch, die Vereinbarkeit von Forschung, Lehre und Familie weiter zu verbessern und
 1029 familienfreundliche Rahmenbedingungen bereits für das Studium sowie die Promotion
 1030 und Habilitation zu schaffen.
- 1031 Fundament stützen – soziale Infrastruktur ausbauen
- 1032 Die soziale Infrastruktur mit Beratungs- und Kulturangeboten, Mensen und Wohnheimen
 1033 ist zentrales Element für ein gerechtes Hochschulstudium. Das Studentenwerk leistet
 1034 dazu wichtige Arbeit. Wir haben das Studentenwerk in den vergangenen Jahren durch
 1035 Bauprojekte und beim Personal gestärkt. Uns ist aber bewusst, dass wir bei den
 1036 Beratungsangeboten und der Schaffung von günstigem Wohnraum weitere Hausaufgaben zu
 1037 erledigen haben. Neben eigenen Initiativen erwarten wir vom Bund, soziale
 1038 Infrastruktur endlich als Teil des Hochschulpakts zu realisieren. Wir sehen mit

1039 Sorge, dass finanzielle Probleme und unzureichende soziale Absicherung, Stress,
1040 Wohnraumnot, Mobilitätsbedürfnisse, sanierungsbedürftige Hochschulen und der Druck,
1041 digital voll ausgerüstet zu sein, für die Studierenden extreme Herausforderungen
1042 darstellen und die Anforderungen im Studium selbst überlagern.

1043 Gemeinsam mit den Hochschulstädten müssen die Initiativen für mehr günstigen
1044 Wohnraum ausgebaut werden. Das Studentenwerk Schleswig-Holstein ist dabei unser
1045 Partner und wird von uns unterstützt. Wir begünstigen den Bau integrierter
1046 Wohnheime auf den Hochschulcampi. Studentisches Wohnen wird mit Unterkünften für
1047 Geflüchtete kombiniert.

1048 Unbestritten muss das BAföG reformiert werden und sollte mittelfristig in ein
1049 elternunabhängiges Bildungseinkommen nach Vorbild der dänischen
1050 Ausbildungsförderung (Statens Uddannelsesstøtte) umgewandelt werden.
1051 Studiengebühren lehnen wir weiterhin ab.

1052 Um die umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität der Studierenden und
1053 Kooperationen zwischen den Hochschulen zu ermöglichen, setzen wir uns in
1054 Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben für ein landesweites Semesterticket zu
1055 günstigen Konditionen für die Studierenden ein. Die Finanzierung erfolgt aus den
1056 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmitteln des Landes.

1057 Nachhaltigkeit, Klimaschutz und innovative Ideen fördern

1058 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es viele Projekte, die sich
1059 mit Klimaschutz, regenerativer Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen. Bereiche,
1060 die nicht im Kieler GEOMAR abgedeckt werden können, wollen wir in einem
1061 Forschungsverbund stärker zusammenführen und unterstützen: Ein
1062 klimawissenschaftlicher und ökologischer Forschungsverbund, der über die Grenzen
1063 unseres Bundeslandes hinaus Erkenntnisse und Ideen liefert.

1064 Darüber hinaus werden wir unsere Hochschulen unterstützen, Nachhaltigkeit zum
1065 Leitmotiv ihrer Arbeit zu machen. Dies soll insbesondere durch die Förderung
1066 interdisziplinärer Projekte geschehen, in denen Natur- und Kulturwissenschaftler
1067 gemeinsam forschen und lehren und starke Akzente setzen. Unsere Hochschulen müssen
1068 gerade im Bereich der Nachhaltigkeit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht
1069 werden. Hier wurden bereits von den Projekten "Yooweedoo" und "Zukunftsmacher"
1070 Zeichen gesetzt.

1071 Dasselbe gilt auch für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge, die wir um
1072 Alternativen zum neoklassischen Angebot ergänzen wollen - die dem Menschen dienen
1073 und von der Ökologie her denken. Wir werden Anreize schaffen, damit die Hochschulen
1074 neue innovative Studiengänge entwickeln. Das würde Schleswig-Holstein noch
1075 attraktiver für Studierende machen.

1076 Hochschule und Wissenschaft haben Vorbildcharakter in vielen gesellschaftlichen
1077 Bereichen, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels. An den Hochschulen im Land
1078 arbeiten und studieren viele tausend Menschen. Die Christian-Albrechts-Universität
1079 zu Kiel hat bereits ein Konzept erarbeitet, wie sie bis 2030 eine klimaneutrale
1080 Hochschule wird. Wir wollen mit allen Hochschulen und den jeweiligen
1081 Hochschulstädten in der nächsten Wahlperiode Konzepte erarbeiten und auf
1082 bestehenden aufbauen.

1083 Schleswig-Holstein hat exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die in
1084 weiten Teilen gut mit den Hochschulen kooperieren. Im bundesweiten Vergleich sind

1085 es aber noch zu wenig. Wir setzen uns dafür ein, dass in der kommenden Wahlperiode
 1086 unter Beteiligung von Bund und Ländern mehr außeruniversitäre
 1087 Forschungseinrichtungen in unser Land kommen. Die Diskussionen über ein Zentrum auf
 1088 dem Kieler Campus oder zum grenzüberschreitenden Energiezentrum auf dem Flensburger
 1089 Campus unterstützen wir.

1090 Hochschulen und Startups zusammenbringen

1091 Unsere Hochschulen sind Keimzellen für neue Ideen. Bereits jetzt entstehen welche,
 1092 die zu Ausgründungen führen. Studierende machen sich mit innovativen Projekten
 1093 selbstständig. Wir wollen Gründerzentren an allen Hochschulcampi im Land ausbauen
 1094 und stärken.

1095 Es gilt, die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf Nachhaltigkeit und
 1096 Innovation auszurichten.

1097 Gemeinsam mit Gründungszentren, Wirtschaftsverbänden, Handelskammern, Hochschulen
 1098 und Startups wollen wir ein Gründerstipendium entwickeln, mit dem Gründer*innen in
 1099 skandinavischen und baltischen Ländern Erfahrungen sammeln können.

1100 Gerade sozial-ökologische Ausgründungen mit, nachhaltigen Geschäftsideen werden wir
 1101 im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderung beim Übergang von der Hochschule in
 1102 die Geschäftswelt unterstützen. Das gilt auch für den weiteren Ausbau des
 1103 Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

1104 Individuelle Beratung und Verbesserung der Studienqualität

1105 Hohe Abbruchquoten von Studierenden, Verschulung der Lehre und der gleichzeitige
 1106 Wunsch nach kritischer Bildung mit stärkerer und schnellerer Berufsqualifizierung –
 1107 die Erwartungen an gute Lehre und ein qualitativ anspruchsvolles Studium gehen weit
 1108 auseinander.

1109 Wir GRÜNE wollen im Konsens mit den Hochschulen die Studieneingangsphase durch das
 1110 Erproben unterschiedlicher Modelle wie etwa dem "Studium Generale" fortentwickeln.
 1111 So können Studierende interdisziplinär Kompetenzen erlangen und sich im ersten
 1112 Studienjahr umfassend orientieren.

1113 Wir wollen die Studierenden bei ihrer Studienwahl und im Studienverlauf durch neue
 1114 Instrumente und eine passgenaue Studienberatung stärker unterstützen. Der "Numerus
 1115 Clausus" als zentrales Element der Zulassungsbeschränkung muss weiter durch die
 1116 Entwicklung von Alternativen pro Studiengang ergänzt werden. Um Studierende bei
 1117 ihrer Studienentscheidung und bei eventuellen Studienwechseln besser zu begleiten,
 1118 setzen wir uns für eine Stärkung der Studienberatungen ein.

1119 Bereits bestehende Instrumente zur Orientierung, wie ein Probestudium parallel zum
 1120 Freiwilligendienst, der Arbeit oder der Oberstufe, werden wir auf alle Hochschulen
 1121 im Land ausweiten.

1122 Innovative, kompetenzorientierte Lehr- und Prüfungsangebote sind zu fördern. Dabei
 1123 ist besonders die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden zu
 1124 verbessern.

1125 Wir unterstützen die Hochschulen dabei, auch sieben- bis achtsemestrige Bachelor-
 1126 Studiengänge anzubieten und setzen uns für eine Flexibilisierung der jetzigen –
 1127 Obergrenze von zehn Semestern für einzelne Studiengänge ein.

1128 Promotionen für FH-Absolvent*innen ermöglichen, Qualifikationen und Abschlüsse
1129 anerkennen

1130 Mit dem in der vergangenen Legislaturperiode geschaffenen Promotionskolleg haben
1131 wir die Grundlage für Promotionen an Fachhochschulen gelegt. Dieses Instrument
1132 wollen wir gemeinsam mit Fachhochschulen und Universitäten überprüfen und
1133 fortentwickeln, damit es noch genauer zur Situation in forschungsstarken
1134 Fachbereichen an Fachhochschulen passt, ohne die starke Stellung der Universitäten
1135 zu schwächen.

1136 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
1137 bei uns im Land aufzunehmen. Wer die Einschreibung in eine Hochschule schafft, darf
1138 nicht an der Studienförderung scheitern. Es muss selbstverständlich sein, nach drei
1139 Monaten Aufenthalt in Deutschland Leistungen nach dem
1140 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten zu können. Eine entsprechende
1141 Bundesratsinitiative werden wir auf den Weg bringen. Die vielen erfolgreichen
1142 Projekte an unseren Hochschulen werden wir weiterhin finanziell fördern.

1143 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.113: LTW-Programm - GERECHT](#)

1144 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
1145 bei uns im Land aufzunehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Studium
1146 künftig als Grund für eine sogenannte "Umverteilung" anerkannt wird. Die vielen
1147 erfolgreichen Projekte an unseren Hochschulen werden wir weiterhin finanziell
1148 fördern.

1149 Wer als Geflüchtete*r mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll sie auch
1150 nutzen können. Dabei sind Fähigkeiten wichtiger als Papiere. Wir brauchen eine
1151 frühzeitige Erkennung von beruflichen Kompetenzen der Migrant*innen und einen
1152 gerechten Zugang zu Bildungsangeboten. Die Unterstützung bei der Berufssuche kann
1153 aber nicht nach dem ersten Profiling abgeschlossen sein, da Geflüchtete ihre
1154 beruflichen Qualifikationen, Wünsche und Ausbildungsziele mitunter erst besser
1155 darlegen können, wenn sie sich sozial und mental stabilisiert haben.

1156 Vielfalt und Weltoffenheit gehört an unsere Hochschulen

1157 Bildungsaufsteiger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit
1158 Behinderung, Ältere, Flüchtlinge und LGBTQI-Menschen (Lesbian, Gay, Bi, Trans,
1159 Queer, Inter) sind in den vergangenen Jahren in den Fokus unserer Hochschulen
1160 gekommen. Für alle soll an unseren Hochschulen Platz sein. Diskriminierungen im
1161 Alltag wollen wir weiterhin entschieden begegnen und Förderprogramme, spezielle
1162 Aufnahmetests und Beratungsangebote ausbauen.

1163 Wir unterstützen Deutschkurse für Geflüchtete und Qualifizierungsangebote für
1164 bislang benachteiligte Gruppen weiterhin finanziell.

1165 Das ursprünglich geplante Konzept von Erstaufnahmen an den Hochschulstandorten soll
1166 im Sinne von Integrationshäusern verfolgt werden. Mit Landesunterstützung ist dort
1167 Wohnraum insbesondere für Zugezogene und Studierende zu schaffen.

1168 Auch eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen steht auf unserer Agenda,
1169 etwa mit Auslandssemestern für Studierende, internationalen
1170 Wissenschaftskooperationen, mehrsprachigen Studienangeboten und dem Ausbau
1171 grenzüberschreitender Studiengänge.

1172 Mitbestimmung und Partizipation sind Grundlage für mehr Autonomie

1173 Wir GRÜNE wollen den Hochschulen mehr Autonomie geben. Wir werden weiterhin an
 1174 einer gut ausgestalteten, auf die Hochschulen und ihre Aufgaben zugeschnittenen
 1175 paritätischen Mitbestimmung arbeiten – für alle Statusgruppen (Professor*innen,
 1176 Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, technisch-administrative
 1177 Mitarbeiter*innen)

1178 In dieser Wahlperiode haben wir begonnen, die Zielvereinbarungen von
 1179 Überregulierungen zu befreien. Es gibt keine jährlichen Berichtspflichten mehr. Den
 1180 Hochschulen ist mehr Autonomie beim Bau ermöglicht. Wir wollen den
 1181 Hochschulleitungen und Personalräten mehr Luft zum Atmen geben, indem wir ihnen
 1182 mehr Freiheit bei der Personalplanung einräumen.

1183 Kooperationsverbot abschaffen

1184 Der Bildungsföderalismus hat sich nicht bewährt – er führt oft zu Kleinstaaterei.
 1185 Die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist aufgrund
 1186 der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder bislang nicht erreicht. Es gilt, das
 1187 Kooperationsverbot aufzuheben, um dem Bund finanzielle und inhaltliche Mitwirkung
 1188 an den Bildungsaufgaben zu erlauben.

1189 Lernen – ein Leben lang

1190 Angebote zur persönlichen, beruflichen, wissenschaftlichen und kulturellen
 1191 Weiterbildung sind als vierte Säule im Bildungssystem ein wichtiger Bestandteil der
 1192 Bildungslandschaft. Die Weiterbildungsträger und Hochschulen in Schleswig-Holstein
 1193 bieten mit vielfältigen Kursen, Seminaren und Studiengängen umfassende
 1194 Möglichkeiten zur Qualifizierung. Um passgenaue Angebote zu finden, ist eine
 1195 individuelle, trägerunabhängige Beratung wichtig.

1196 Mit der gesetzlich verankerten Möglichkeit zur Bildungsfreistellung sowie dem
 1197 Weiterbildungsbonus gibt es schon heute eine gute Basis für Angebote der
 1198 allgemeinen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung. Diese Maßnahmen
 1199 unterstützen wir GRÜNE weiterhin. Wir wollen mehr Arbeitnehmer*innen und Firmen für
 1200 das Angebot der Bildungsfreistellung gewinnen und werden mit den Akteur*innen
 1201 (Unternehmen, Träger und Mitarbeiter*innen, Selbstständige) Konzepte erarbeiten,
 1202 wie dies gelingen kann.

1203 Volkshochschulen und Bibliotheken ergänzen die Weiterbildungslandschaft, sind mit
 1204 ihrem breiten Angebot wichtige Partner in der Weiterbildung und in allen Regionen
 1205 des Landes verankert. Wir wollen ihre Finanzierung sichern und die
 1206 Weiterentwicklung zu digitalen Knotenpunkten unterstützen. Nutzer*innen finden hier
 1207 freies WLAN und Angebote zur Fortbildung mit digitalen Medien. Sie werden zu
 1208 zentralen Orten der Kommunikation, von Zusammenarbeit und Bildung, wie es in
 1209 unserem Nachbarland Dänemark bereits vielerorts vollzogen ist. Durch ihr Engagement
 1210 bei den Sprach- und Integrationskursen tragen sie zudem maßgeblich zur Integration
 1211 der Flüchtlinge bei.

1212 14 Prozent unserer Bevölkerung können nicht ausreichend Lesen und Schreiben.
 1213 Außerdem gibt es Bedarf an Angeboten, um Schulabschlüsse auch jenseits der
 1214 Altersgrenze von 18 Jahren nachzuholen. Uns ist ein umfassendes Angebot an
 1215 Grundbildungskursen wichtig. Deshalb wollen wir prüfen, wie wir die Angebote
 1216 bedarfsgerecht gestalten können.

1217 Hochschule@Digital

1218 Moderne Hochschulen müssen auch bei der Digitalisierung Taktgeber für die
 1219 Gesellschaft sein. Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten des Austausches, der
 1220 Informationsgewinnung und -aufbereitung und ein hohes Potenzial für die weitere
 1221 Optimierung der Lehre. Selbstverständlich bleibt der persönliche Austausch
 1222 weiterhin für wissenschaftliche Diskurse wichtig. Voraussetzung ist der freie
 1223 Zugang zu Literatur und Forschungsergebnissen. Öffentlich finanzierte Forschung
 1224 soll für alle zugänglich sein. Deshalb unterstützen wir die Open-Access-Strategie
 1225 (offener Zugang zu wissenschaftlicher Literatur) der Landesregierung, die gemeinsam
 1226 mit Hochschulen und Wissenschaftsbibliotheken entwickelt worden ist. Sie muss in
 1227 der kommenden Legislaturperiode weiter ausgebaut werden.

1228 Für Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir ein landesweites
 1229 Wissenschaftsnetz entwickeln. Die Rechenzentren der Hochschulen und
 1230 Forschungseinrichtungen sind zu verbinden.

1231 Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung können und wollen viele
 1232 Studierende ihre Lernmodule weltweit zusammenstellen. Die Hochschulen müssen daher
 1233 neue Richtlinien zur gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen entwickeln.

1234 Online-Literatur, Online-Kurse und Flipped-Classroom-Angebote können Bibliothek und
 1235 Hörsaal als klassische Lernforen ergänzen, jedoch nicht ersetzen. Am Ende könnte
 1236 der physische Standort der Hochschule immer weniger von Bedeutung sein. Dieser
 1237 Trend setzt Ressourcen für bessere und individuellere Betreuung der Studierenden
 1238 frei.

1239 Bei diesen absehbaren Entwicklungen werden wir die Hochschulen gezielt unterstützen
 1240 und über die Zielvereinbarungen auffordern, die Auswirkungen der Digitalisierung
 1241 auf alle Fachbereiche zu überprüfen. Um sich auf die Herausforderungen der
 1242 Digitalisierung einzustellen, reicht die Forderung nach zusätzlichen Mitteln nicht
 1243 aus.

1244 Auf den Punkt

- 1245 • Wir werden unsere Hochschulen finanziell weiter stärken,
- 1246 • mit den Hochschulen ein landesweites Wissenschaftsnetz entwickeln,
- 1247 • sozial nachhaltige Ausgründungen unterstützen,
- 1248 • innovative Studiengänge fördern
- 1249 • das landesweite Semesterticket umsetzen,
- 1250 • uns für eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots auf Bundesebene
 1251 einsetzen,
- 1252 • Angebote für lebenslanges Lernen weiterentwickeln und fördern.

1253 Finanzen / Gute Haushaltsführung ist eine Frage der
 1254 Gerechtigkeit, kluger Entscheidungen und Ausgabendisziplin

1255 Maßstab für grüne Finanzpolitik ist die Generationengerechtigkeit. Immer mehr
 1256 Schulden einfach an die nächste Generation weiter zu reichen, stellt keine
 1257 tragfähige Lösung dar. Aber der Begriff Schulden umfasst mehr als nur

1258 Haushaltszahlen. Eine einseitige Haushaltskonsolidierung, die zukünftige Haushalte
 1259 und Generationen durch fehlende Bildung, schlechte Daseinsvorsorge oder marode
 1260 Infrastruktur belastet und in dieser Form Schulden ansammelt, ist keine
 1261 Alternative. Sie gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und spaltet die
 1262 Gesellschaft.

1263 „Schleswig-Holstein ist auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung gut voran gekommen.
 1264 Während im Jahr 2010 noch rund 1,3 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft wurden
 1265 haben wir für 2017 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt auf den Weg gebracht.
 1266 Wir haben einen neuen Titel „Schuldentilgung“ in den Haushalt aufgenommen und
 1267 planen für 2017 Schulden in Höhe von 47 Millionen Euro zurückzuzahlen. Schon 2013
 1268 wie 2015 war es uns im Vollzug gelungen am Jahresende Haushaltsüberschüsse zu
 1269 erwirtschaften. Wir wollen auch zukünftig ohne neue Schulden auskommen.“

1270 Es ist uns gelungen, als erste Landesregierung seit Jahrzehnten, Schulden abzubauen
 1271 und gleichzeitig in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur zu investieren. Nur wer
 1272 sich um gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt,
 1273 handelt nachhaltig und generationengerecht.

1274 Mit IMPULS unsere Infrastruktur sanieren

1275 Zum ersten Mal haben wir eine ehrliche Bestandsaufnahme über den Sanierungsbedarf
 1276 der Landesinfrastruktur vorgenommen und einen Abbauplan auch für diese Schulden
 1277 vorgelegt. Mit unserem Infrastruktur-Sanierungsprogramm IMPULS haben wir zudem die
 1278 notwendige rechtliche Grundlage geschaffen, dass künftig Haushaltsüberschüsse zur
 1279 Sanierung der Infrastruktur eingesetzt werden können.

1280 Erstmalig fließen 2016/17 insgesamt 100 Millionen aus dem Haushaltsüberschuss des
 1281 Jahres 2015 in die Sanierung unserer Infrastruktur. Ab dem Jahr 2018 sollen es 150
 1282 Millionen pro Jahr sein. Eine solide Finanzplanung, die gute Konjunktur und
 1283 niedrige Zinsen sind eine gute Grundlage, um die finanziellen Herausforderungen
 1284 auch in den nächsten Jahren zu meistern.

1285 Soziale Daseinsvorsorge stärken – Kita, Schule, Wohnen, Kultur

1286 Wir wissen, dass es noch viel zu tun gibt. Wir GRÜNE wollen die soziale Spaltung in
 1287 unserem Land überwinden, Integration ermöglichen und den gesellschaftlichen
 1288 Zusammenhalt neu organisieren. Dazu gehören gute soziale Daseinsvorsorge, Teilhabe,
 1289 Investitionen in den Bildungsbereich und in den Wohnungsbau.

1290 Wir versprechen nicht zu viel

1291 Wir orientieren unsere Ausgaben an den Realitäten. Es ist klar, dass die
 1292 Haushaltskonsolidierung auch in den nächsten Jahren eine eindeutige
 1293 Schwerpunktsetzung erfordert. Wir GRÜNE nehmen diese Herausforderung an. Unser
 1294 Wahlprogramm verspricht nicht mehr, als wir halten können. Zinsen können steigen
 1295 und Steuereinnahmen sinken. Wir stellen uns darauf ein, dass unsere Ziele auch in
 1296 den kommenden Jahren nur schrittweise umzusetzen sind.

1297 Schädliche Subventionen abbauen

1298 Wir werden die Schuldenbremse einhalten und den Landeshaushalt spätestens ab dem
 1299 Jahr 2020 ohne neue Schulden planen

1300 Wir wollen die Finanzpolitik stärker an ökologischen Kriterien wie Ressourcenschutz
 1301 oder Vermeidung von CO₂-Emissionen orientieren. Um insbesondere ökologisch

1302 schädliche Subventionen abzubauen, haben wir einen Subventionsbericht auf den Weg
 1303 gebracht. Eine transparente und regelmäßige Berichterstattung soll es uns
 1304 ermöglichen, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und der ökologischen
 1305 Modernisierung notwendigen Schritte einzuleiten.

1306 Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerverwaltung personell stärken

1307 Der Staat hat momentan kein Einnahmedefizit. Angesichts der hohen
 1308 Haushaltsüberschüsse geht es nicht darum, dass der Staat insgesamt mehr Geld
 1309 einnimmt. Wir sehen aber ein Gerechtigkeitsdefizit – und das in mehrfacher
 1310 Hinsicht: Finanzgewinne werden geringer besteuert als Arbeit. Die Armen werden
 1311 ärmer und die Reichen reicher. Aber auch die sehr Reichen gehören zur Gesellschaft
 1312 und müssen sich entsprechend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Wir
 1313 werden uns deshalb im Bundesrat dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu
 1314 bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen,
 1315 Finanzgewinne und Erbschaften angemessen zu besteuern. Selbstverständlich legen wir
 1316 dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Sicherung der
 1317 Innovationskraft von Unternehmen.

1318 Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung gehört für uns auch, dass die Kompetenzen
 1319 der Europäischen Union und des Bundes, sowie die personellen Ressourcen gestärkt
 1320 werden. Für eine echte Stärkung der Kompetenzen auf dem europäischen Level muss ein
 1321 stärkerer Souveränitätstransfer in einigen Politikfeldern stattfinden. Ohne eine
 1322 effizient aufgestellte Steuerverwaltung werden wir Steuergerechtigkeit nicht
 1323 herstellen können. Als ersten Schritt schlagen wir vor, große international tätige
 1324 Unternehmen in die Steuerverantwortung des Bundes zu überführen.

1325 Soli neu verteilen und Altschuldentilgungsfonds errichten

1326 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die freien Mittel des Solidaritätszuschlags,
 1327 die der Bund aktuell nicht mehr zur Finanzierung der neuen Länder benötigt, nicht
 1328 dem Bundeshaushalt zufließen, sondern allen Bundesländern und den Kommunen für die
 1329 Finanzierung von Zukunftsaufgaben, insbesondere im Bildungsbereich, zur Verfügung
 1330 stehen. Gleichzeitig müssen Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden, die
 1331 Last der Altschulden zu bewältigen. Für uns GRÜNE ist dafür ein
 1332 Altschuldentilgungsfonds die beste Lösung. Hier sehen wir den Bund in der Pflicht,
 1333 entsprechende Mittel bereitzustellen – z.B. durch Verlängerung oder Neuauflage
 1334 eines zweckgebundenen, befristeten Solidaritätszuschlages.

1335 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen für die Integration

1336 Die humanitäre Aufgabe der Aufnahme von Geflüchteten, einschließlich der dafür
 1337 notwendigen Integrationsarbeit, erfordert eine finanzielle
 1338 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen. Wer heute nicht in
 1339 Integration investiert, ist für hohe soziale Folgekosten verantwortlich. Wir werden
 1340 uns dafür einsetzen, dass für die Integration der Geflüchteten ausreichend Mittel
 1341 zur Verfügung gestellt werden und unseren Beitrag dazu leisten.

1342 Mehr Personal für Bildung und öffentliche Sicherheit

1343 Grundlage der Konsolidierungspolitik des Landes ist der im Jahr 2010 beschlossene
 1344 Personalabbaupfad. In dieser Legislaturperiode haben wir in etwa so viele Stellen
 1345 auf- wie abgebaut, um den Bedarf in Schulen, bei Polizei und Justiz sowie der
 1346 Versorgung von Geflüchteten zu bewältigen. Für die nächste Legislaturperiode ist es
 1347 unser Ziel, eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung in den Schulen sicher zu

1348 stellen, die Kitabeiträge weiter zu reduzieren, mehr Polizisten einzustellen und
1349 auch den Bereich der öffentlichen Sicherheit zu stärken.

1350 Haushaltsüberschüsse für Tilgung und Infrastruktur

1351 Wir werden weiterhin Haushaltsüberschüsse nutzen, um in unsere Infrastruktur zu
1352 investieren und Altschulden abzubauen. Eine 50:50-Aufteilung in Schuldenabbau und
1353 Investitionen ist für uns die Leitlinie.

1354 Wir werden die begonnene Sanierung unserer Infrastruktur fortsetzen. Das schlüssige
1355 Gesamtkonzept der Landesregierung, welches weit über die Legislaturperiode
1356 hinausgeht, ist eine gute Grundlage, um den Sanierungstau des Landes planbar und
1357 verlässlich abzubauen. Es gilt, das Infrastruktursanierungsprogramm IMPULS zu
1358 nutzen, um Krankenhäuser, Hochschulen und Straßen zu sanieren, Energiesparmaßnahmen
1359 in den landeseigenen Liegenschaften umzusetzen und unser Land auf das neue digitale
1360 Zeitalter vorzubereiten.

1361 Fair mit unseren Kommunen umgehen

1362 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
1363 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
1364 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
1365 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
1366 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.
1367 Wir werden gemeinsam mit den Kommunen darüber beraten wie hoch verschuldete
1368 Kommunen auf dem Weg der Haushaltskonsolidierungen auch nach dem Auslaufen des
1369 bisherigen Konsolidierungshilfe weiter finanziell unterstützt werden können

1370 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.141: LTW-Programm - GERECHT](#)

1371 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
1372 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
1373 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
1374 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
1375 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.

1376

1377 Sparkassen fit für die Zukunft machen

1378 Am Finanzmarkt werden regionale Akteure benötigt, die anders wirtschaften als die
1379 globalen Investmentbanken und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Insbesondere die
1380 Sparkassen zeichnen sich durch ihre regionale Struktur und die direkte Beratung
1381 aus. Dieses Modell wollen wir erhalten. Wir sind uns gleichzeitig bewusst, dass die
1382 Sparkassen in Zeiten der Niedrigzinsphase vor Herausforderungen wie Digitalisierung
1383 und erhöhten Eigenkapitalanforderungen stehen.

1384

1385 Wir werden die Sparkassen darin unterstützen, ihren öffentlichen Auftrag ins
1386 Zentrum ihrer Arbeit zu rücken. Dazu gehören eine ausreichende Versorgung aller
1387 Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der
1388 öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der
1389 Fläche ebenso wie ein Beratungsangebot für private Anleger*innen bei nachhaltigen
1390 Finanzprodukten. Wir wollen das Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens stärken und
1391 gemeinsam mit den Sparkassen geeignete Instrumente entwickeln, wie zum Beispiel
1392 Nachhaltigkeitsberichte und eine Verankerung dieses Ziels im Sparkassengesetz.

1393 Schwere Erblast HSH Nordbank

1394 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
 1395 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
 1396 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
 1397 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1398

1399 Was eine Familie für ihren Hauskredit nicht erwarten kann, werden wir auch großen
 1400 Kreditnehmer*innen in Zukunft nicht mehr zugestehen: Wir werden weiteren
 1401 Kreditnachlässen der HSH Nordbank bzw. der "Bad-Bank" oder "Restructuring Unit" auf
 1402 Kosten der Steuerzahler*innen keine Zustimmung erteilen.

1403 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.97: LTW-Programm - GERECHT](#)

1404 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
 1405 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
 1406 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
 1407 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1408

1409 Wir wissen, dass Personalabbau und die Schwächung des Kieler Standorts aus den
 1410 Umstrukturierungen der Bank folgen. Soweit es möglich ist, setzen wir uns für
 1411 schonende Lösungen für die Beschäftigten und die Landeshauptstadt ein.

1412 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.103: LTW-Programm - GERECHT](#)

1413 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
 1414 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
 1415 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
 1416 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1417

1418 Was eine Familie für ihren Hauskredit nicht erwarten kann, möchten wir auch großen
 1419 Kreditnehmer*innen in Zukunft nicht mehr zugestehen: Wir werden prüfen, ob und
 1420 falls ja wie wir statt weiteren Kreditnachlässen in Höhe mehrerer hunderter
 1421 Millionen Euro der HSH Nordbank bzw. der "Bad-Bank" oder "Restructuring Unit" auf
 1422 Kosten der Steuerzahler*innen andere Lösungen finden. Ein solcher Weg kann das
 1423 „Pay-as-you-earn-Prinzip“ sein, wonach der Kredit zwar nicht anteilig erlassen
 1424 wird, aber Zins und Tilgung den finanziellen Möglichkeiten der Kreditnehmer*in
 1425 angepasst werden.

1426

1427 Damit auch dieses Instrument sicher nur in den Ausnahmefällen angewendet wird, bei
 1428 denen es absolut notwendig ist, erheben wir bei Beträgen über 1 Mio. Euro den
 1429 Anspruch, dass drei von drei beauftragten und auch nach den Rating-Skandalen
 1430 weiterhin anerkannten Fachgutachtern unabhängig voneinander die Notwendigkeit
 1431 dieses Entgegenkommens auf Kosten der Steuerzahler*innen bestätigen.

1432 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.17: LTW-Programm - GERECHT](#)

1433 Auch wenn es schwer erträglich ist, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
 1434 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen, können wir uns dieser Erblast
 1435 nicht entziehen. Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH
 1436 Nordbank 2018 zu verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen und damit einen
 1437 Schlusstrich ziehen.

1438 Versorgungsfonds für Beamtenpensionen aufbauen

1439 Schleswig-Holstein hat neben rund 27 Milliarden Euro Schulden noch
 1440 Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. Daher ist es

1441 notwendig, Vorsorge zu treffen. Wir werden den von der Küstenkoalition
 1442 eingeführten, aktuell umzusetzenden Versorgungsfonds für die Beamtenversorgung
 1443 aufbauen und nachhaltig mit einer werterhaltenden Anlagestrategie ausgestalten.

1444 Divestment – keine Investition in fossile Energien

1445 In der vergangenen Legislatur hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, bei
 1446 der Anlage von Geld eine Divestment-Strategie (das Gegenteil einer Investition) zu
 1447 verfolgen. Es werden keine Gelder mehr in Anlagen fossiler Energien angelegt. Diese
 1448 Strategie werden wir für den neuen Versorgungsfonds des Landes beibehalten. Alle
 1449 Geldanlagen müssen fest definierten sozialen und ökologischen Kriterien genügen und
 1450 einer guten Unternehmensführung entsprechen. Investitionen in Unternehmen, deren
 1451 Geschäftsmodell auf dem Abbau oder der Energieerzeugung mit nuklearen oder fossilen
 1452 Energieträgern (inklusive Erdgas-Fracking) beruht, werden ausgeschlossen. Auch bei
 1453 Beteiligungen und Stiftungen muss das Land seinen Einfluss entsprechend geltend
 1454 machen.

1455 Haushaltsklarheit und Transparenz muss sein

1456 Wir GRÜNE setzen uns für Transparenz im Landeshaushalt ein. Der Haushalt soll für
 1457 alle nachvollziehbar sein und zukünftige Belastungen wie Investitionsanforderungen
 1458 so gut wie möglich abbilden. Dazu haben wir mit bedienungsfreundlichen, lesbaren
 1459 Textdokumenten im Internet oder auch mit unserem Infrastrukturbericht erste
 1460 Schritte in Form und Inhalt unternommen. Mittelfristig sollen alle Haushaltsdaten
 1461 als offene, maschinenlesbare Daten zur Verfügung stehen.

1462 Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie mit einer Umstellung auf doppische
 1463 Haushaltsführung (doppelte Buchführung, ermöglicht Gewinn- und Verlustrechnung)
 1464 ohne hohe Umstellungskosten mehr Haushaltsklarheit gelingen kann. Ziel ist es,
 1465 direkt im Haushalt Investitionsanforderungen, Pensionslasten oder Verschleiß
 1466 transparent aufzuzeigen.

1467 ÖPP – aber nur in engen Grenzen

1468 Jede ÖPP-Maßnahme (Öffentlich-Private-Partnerschaft, Zusammenarbeit zwischen
 1469 öffentlicher Hand und privaten Unternehmen) muss auf ihre Folgekosten überprüft und
 1470 die Kosten müssen in die Finanzplanung aufgenommen werden. In der Finanzplanung ist
 1471 die finanzielle Verpflichtung aller ÖPP-Projekte transparent darzustellen und zu
 1472 prüfen, ob ÖPP die mittel- wie langfristig beste und kostengünstigste Variante ist.
 1473 Unser Ziel ist es, die Menge an ÖPP-Projekten möglichst gering zu halten. In der
 1474 Landesverfassung soll verankert werden, dass die Gesamtverpflichtung aus ÖPP-
 1475 Projekten nicht höher sein darf als fünf Prozent der jeweiligen Gesamtausgaben im
 1476 Landeshaushalt. Voraussetzung für jedes einzelne ÖPP-Projekt ist eine wirksame
 1477 parlamentarische Kontrolle und eine transparente öffentliche Darstellung von Anfang
 1478 an und über die gesamte Dauer des Projekts. Diese beinhaltet die Zustimmung des
 1479 Parlaments in der Sache und bei gravierenden Änderungen.

1480 Finanzen@Digitales

1481 Wir wollen den Einsatz von Finanzmitteln zukünftig stärker an der Herausforderung
 1482 der Digitalisierung orientieren. Dies betrifft sowohl die Landesverwaltung, als
 1483 auch die Bewilligung von Förderprojekten. Unser Vorhaben: das Antragsverfahren so
 1484 zu gestalten, dass die Digitalisierung zu Effizienzeffekten und Entbürokratisierung
 1485 führt. Davon profitieren auch die Wirtschaft und die Fördergeldempfänger des
 1486 Landes. Entsprechend den Transparenzbestrebungen für das Verwaltungshandeln wird

1487 auch das Finanzhandeln des Landes transparent gemacht. Bürger*innen sollen sich
1488 jederzeit im Internet über Finanztransaktionen, Gehälter von Führungskräften des
1489 Landes etc. informieren können.

1490 Auf den Punkt

- 1491 • Wir werden die Schuldenbremse einhalten und die Haushaltskonsolidierung
1492 fortsetzen,
- 1493 • vorrangig in Bildung und Klimaschutz investieren,
- 1494 • ausreichend Personal für Schule, Justiz und Polizei beschäftigen,
- 1495 • die Kommunen fair behandeln,
- 1496 • Haushaltsmittel nachhaltig anlegen (Divestment-Strategie),
- 1497 • die Digitalisierung in der Finanzverwaltung weiter ausbauen.